

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 8.-13. Oktbr. 40 Mill. M. freibleibend. Einzelverkaufspreis 7 Mill. M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
 { 926 nur Geschäftsstelle.



Lübecker

Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 237.

Mittwoch, 10. Oktober 1923.

30. Jahrgang.

Um des Volkes Wohl und Recht!

Parteigenossen!

Die Krise, die durch den reaktionären Vorstoß gegen den Fortbestand der großen Koalition eingeleitet war, hat auch die sozialdemokratische Fraktion vor eine besonders schwierige Situation gestellt. In der Beurteilung des Ernstes der Lage war die Fraktion völlig einig. Die Rahr-Diktatur in Bayern verstärkte alle reaktionären Kreise in Deutschland in der Meinung, daß jetzt ihre Stunde gekommen sei. An Stelle des drohenden Konflikts mit Bayern forderten sie die Unterstützung Rahr's durch eine rechtsgerichtete Reichsregierung; an Stelle einer dem wirklichen Stärkenverhältnis Rechnung tragenden Außenpolitik wollten sie den Bruch mit Frankreich, um den verstärkten Nationalismus in den Dienst ihrer reaktionären Bestrebungen zu stellen und um zugleich die deutsch-nationale Partei an Stelle der Sozialdemokratie zur Teilhaberin an der Regierungsmacht zu machen. Im Innern aber wollte die Schwerindustrie im Bunde mit der Großlandwirtschaft die so geschaffene Situation dazu ausnützen, alle sozialpolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse zu vernichten, insbesondere den Achtstundentag und die Reste der Zwangswirtschaft zu beseitigen. Ein trotziger Rechtsputsch war im Gange, die Ausschaltung des Parlaments, die Aufrichtung einer Rechtsdiktatur gegen die deutsche Arbeiterklasse war das Ziel. Geleitet war die Aktion von den schwerindustriellen Vertretern in der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, sie fand ihre Unterstützung in dem Teile der christlichen Gewerkschaftsbewegung, der noch immer unter dem Einfluß Stegerwalds steht.

Der parlamentarische Vorstoß wurde begleitet und unterstützt durch Putschversuche außerhalb des Parlaments. Die Ereignisse von Rüstzin waren nur eine Teilercheinung einer viel größer angelegten Aktion, die auf gewaltsamen Wegen die Rechtsdiktatur zu erreichen suchte.

Ungeachtet dieser Tatsachen mußte die Taktik der Fraktion entschieden werden. Einig waren sich alle Sozialdemokraten darin, daß an dem Grundsatze des Achtstundentages nicht gerüttelt werden dürfe. Denn das wäre eine Belästigung gewesen, die weder die Partei noch die Gewerkschaften hätte verantworten können. Die Meinungen gingen darüber auseinander, wie am besten der Angriff der Reaktion auf die politischen und sozialpolitischen Positionen der Arbeiterklasse abgewehrt werden könne. Ein Teil der Fraktion ging bei keiner ablehnenden Stellungnahme davon aus, daß der brutale Vorstoß der Deutschnationalen Partei, die Sozialisten aus der Regierung zu verdrängen oder aber sie unter das Diktat des Schwerkapitals zu beugen, mehr als ein zufälliges Parteimanöver sei. Vielmehr handele es sich darum, die bereits in den vorausgegangenen Wochen von den Wirtschaftsverbänden angekündigten Maßnahmen zum Abbau der letzten noch verbliebenen sozialen Errungenschaften nunmehr auf dem Wege der Aufrichtung einer kapitalistischen Diktatur zu verwirklichen. Gegenüber diesem offenen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse durch ihre ausgesprochenen Klassengegner könne es kein Ausweichen, auch keinen nachmaligen Ueberbrückungsversuch geben, da dieses Vorgehen seinen Grund nicht in der Eigenwilligkeit einzelner Persönlichkeiten habe, sondern in der ökonomischen Entwicklung, der Zuspitzung der Klassengegensätze und der hieraus zwangsmäßig sich ergebenden Notwendigkeit, den Konflikt auszutragen.

Dieser Teil hielt an der Auffassung, in dieser Situation nicht wieder mit dem Klassengegner zu paktieren, auch dann unverändert fest, als Teile der Demokratischen und der Zentrums-partei im Verlaufe der Kabinettskrise erneut versuchten, die Sozialdemokratie — ohne deren Zustimmung die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes unmöglich gewesen wäre — wieder für die Koalition mit der Volkspartei zu gewinnen.

Er glaubte, daß es keinerlei Zurückweichen vor der Deutschen Volkspartei geben dürfe, die insbesondere die Beseitigung des sozialistischen Reichsfinanzministers, die Errichtung einer Diktatur durch Zustimmung zu einem Ermächtigungsgesetz auf finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet und die Suspendierung des Achtstundentages forderte. Auch die Vereinbarung, wonach der achtstündige Normalarbeitstag bestehen bleiben, jedoch durch gesetzliche und tarifliche Ausnahmen verlängert werden soll, müsse für die Sozialdemokratie unannehmbar sein.

Er betrachtete die Ausschaltung der Demokratie als die härteste Gefährdung der Republik, zumal die politische Diktatur zeitlich zusammenfällt mit der Verhängung des militärischen Belagerungszustandes.

Aber auch dieser Teil der Fraktion erkannte an, daß die Fraktionsmehrheit glaube, durch ihren Beschluß den drohenden Bürgerkrieg verhindern zu müssen. Da aber die Bourgeoisie zum Bürgerkrieg voll gerüstet sei und ihn nur zurückstelle, solange sie durch die Nachgiebigkeit proletarischer Parteien ihre Klassenziele kampfflos erreichen könne, war die Minderheit der Auffassung, daß der Beschluß der Mehrheit nur eine schleichende Krise schaffe und den Zeitpunkt des Austrages zugunsten des Proletariats hinausschiebe.

Der andere Teil der Fraktion machte gegenüber diesen schwerwiegenden Gründen folgende Auffassung geltend: Eine völlig ablehnende Haltung der Sozialdemokratie würde eine Rechtsregierung, die in kürzester Zeit in eine Rechtsdiktatur sich umwandeln müßte, zur Notwendigkeit machen. Dadurch würde auch die Position der Partei in den Ländern stark gefährdet. Die Reichswehr habe sich in der gegenwärtigen Situation als loyal in den Händen einer verfassungsmäßigen Regierung erwiesen. Es sei aber kein Zweifel, daß eine Rechtsregierung die Reichswehr für ihre Zwecke erst recht zur Verfügung haben würde. Nur durch die wachsame Tätigkeit des preussischen Innenministers Seevering seien gewalttätige reaktionäre Erhebungen vereitelt worden. Aber diese Tätigkeit würde völlig gelähmt unter der Herrschaft einer Rechtsregierung im Reiche. Was aber diese für die Arbeiterschaft bedeute, zeige die Diktatur Rahr in Bayern. Es sei auch kein Zweifel, daß dann die Stellung der Arbeiterklasse im Kampfe um ihre sozialpolitischen Interessen außerordentlich verschlechtert würde. Die Kontrolle der Reichsregierung durch sozialistische Minister verringere deshalb die unzugänglichen Gefahren der politischen und sozialpolitischen Reaktion. Außenpolitisch würde aber die Rechtsregierung die letzten Möglichkeiten beseitigen, zu einem erträglichen Verhältnis zu kommen. Dadurch aber würden auch innerpolitische Zustände herbeigeführt werden, die noch nie dagewesenes Elend über die deutsche Arbeiterklasse verhängen würden.

Da das Arbeitszeitgesetz und die Renten aus der sozialen Versicherung aus dem Ermächtigungsgesetz herausgenommen, die grundsätzliche Aufrechterhaltung des Achtstundentages, entgegen der ursprünglichen Forderung der Deutschen Volkspartei zugestanden sei, sei das Ermächtigungsgesetz erträglich. Bei dem Ausnahmefall handele es sich aber um einen Machtkonflikt zwischen Bayern und dem Reich. Dieser könne nicht durch eine parlamentarische Abstimmung entschieden werden. Gerade wenn die Reichsautorität gegen Bayern gewahrt werden solle, sei es erforderlich, daß sozialistische Minister im Kabinett bleiben.

Diese letzte Auffassung erhielt in der Fraktion die Majorität. Die Minderheit blieb demgegenüber auf dem Standpunkt, daß ihre Politik mit größerer Klarheit dem Proletariat die herausziehenden Gefahren vergegenwärtige und deshalb die Abwehrkraft stärke. Demgegenüber warnte die Majorität vor Illusionen über das Kräfteverhältnis der Klassen, besonders während der Zeit der schweren industriellen Krise. Die Anteilnahme an der Regierung gewähre eine Möglichkeit, den drohenden Bürgerkrieg zu verhindern. Von allen Seiten wurde betont, daß kaum je die Fraktion einer schwierigeren Entscheidung gegenübergestanden habe als diesmal.

Mehrheit und Minderheit waren sich einig in der Erkenntnis, daß der Partei und den Gewerkschaften die schwersten Kämpfe bevorstehen. Sollen wir diese erfolgreich bestehen, so bedarf es ungeachtet der herrschenden Meinungsverschiedenheiten der höchsten Geschlossenheit und Schlagkraft der Organisation. Darum fordert die Fraktion einmütig alle Parteigenossen auf, treu zur Partei zu stehen, sich im kameradschaftlichen Zusammenstehen auf die schwersten Aufgaben der nahen Zukunft vorzubereiten und mit aller Energie an einer Erstarbung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und an der Verbreitung unserer Presse zu arbeiten.

Berlin, den 9. Oktober 1923.

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Berliner Börse.

Berlin, 9. Oktober.

Am Devisenmarkt nimmt das Verhängnis seinen Lauf. Die innen- und außenpolitische Lage wird in Berliner Finanzkreisen trotz des allgemeinen bejüngenden Verlaufes der gestrigen Reichstagsdebatte sehr pessimistisch beurteilt. Das gleiche gilt von den Währungsverhältnissen. Im heutigen offiziellen Devisenverkehr stieg der Dollar von 1,3 Milliarden auf 1,6 Milliarden. Pfunde erreichten vor der amtlichen Notierung eine Höhe von 7 Milliarden. Bei der amtlichen Kursfestsetzung wurden wesentlich niedrigere Notierungen festgesetzt, da man annahm, daß die Kurse des Freiverkehrs nur auf ganz geringen Umsätzen beruhen. Amtlich notierte Kabel New York mit 1200 Millionen bei sechsprozentiger Zuteilung, London 5,5 Milliarden bei achtprozentiger Zuteilung, Holland 475 Millionen bei fünfprozentiger Zuteilung.

Kurs vom 10. Oktober:

Dollar 3 Milliarden.

Zweigegebühren für die achtzehnbändige Petitionelle oder deren Raum 13 Mill. Mark, auswärtsige Grundpreis 150 Mill. Mark, mal Schlüsselzahl d. D. S. B., Veramml., Arbeits- u. Wohnungsangeig. 12 Mill. M., Reklamen 52 Mill. M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
 { 905 nur Redaktion.

Reichstag.

Das Ermächtigungsgesetz in 1. und 2. Lesung angenommen. Regierungserklärung gegen großindustrielle Eigenmächtigkeit.

387. Sitzung.

Dienstag, den 9. Oktober, nachmittags 2 Uhr.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Ermächtigungsgesetzes. Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) fordert, daß die zu treffenden Maßnahmen mit dem 1. Januar 1925 außer Kraft treten sollen. Die Ermächtigung soll sich nicht auf die Erwerbslosen erstrecken. Ein Antrag Schiffer (Dem.) fordert, eine einzelne Persönlichkeit mit dem Auftrag zum Abbau der Justiz- und der Reichsverwaltung, zur Einbringung eines Entlastungsgesetzes, eines Beamtenabbaugesetzes, eines Arbeitszeitgesetzes usw. zu beauftragen.

Abg. Dr. Schiffer (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Ermächtigungsgesetz. — Abg. Frölich (Komm.): Das Ermächtigungsgesetz bedeutet die Aufhebung des Parlamentarismus, den Tod der Demokratie und den Beginn der Diktatur. Die Sozialdemokratie ist verantwortlich für alles, was unter dem Ermächtigungsgesetz geschehen wird.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Die Sozialdemokratie ist bereit, das Ermächtigungsgesetz anzunehmen, weil jetzt der letzte Versuch gemacht werden muß, die rasch zum Abgrund gleitenden Verhältnisse zu meistern. Nur nationalökonomische Analphabeten, wie die Kommunisten, können bestreiten, daß durch ihre täglich erneuerten Forderungen auf Erhöhung der Reichsausgaben um Billionen die Mark nicht verschleudert wird. Dr. Silberding hat endlich im Haushaltsauschuß Klarheit über die Verhältnisse geschaffen. Dafür gebührt ihm, unser Dank. In der Frage des Achtstundentages ist für die Arbeiter die Note der Regierung Wirth vom 11. November das Meisteste. Die Regierung frage sich, ob die Zeitungsnachrichten über die Verhandlungen deutscher Industrieller mit Franzosen über die Arbeitszeit richtig sind, wobei sie von General Degoutte die beschämende Antwort erhalten haben sollen, daß er sich in solche innerdeutsche Angelegenheiten nicht einmische. Werwahren müssen wir uns gegen die kommunistischen Vorwürfe, die Sozialdemokratie unterkreibe die Forderungen von Stinnes über die Abschaffung der Erwerbslosenfürsorge. Der ganze Reichstag weiß doch, daß Stinnes sich bemüht hat, die Sozialdemokratie aus der Regierung fernzuhalten. Der Otto-Wolff-Vertrag mit Degoutte ist der schwerste Eingriff in die Regelung der Reparationsfrage die ausschließlich Sache der Regierung ist. Das Reichsjustizministerium wird prüfen müssen, ob nicht Landesverrat vorliegt. (Lebh. Zust. links.) Eine Sanierung der Verhältnisse wird nicht möglich sein ohne Eingriff in das Privateigentum; deshalb muß man die Grundrechte in das Ermächtigungsgesetz einbeziehen. Haben Sie von der kommunistischen Partei doch einiges Vertrauen zur Sozialdemokratie; sie schreibt doch sonst jeden Tag an uns Briefe, mit uns zusammen die Diktatur zu übernehmen. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie kann ihre Politik nicht ändern, denn die kommunistische Partei ist die zu schwach. Auf das Geschrei hier im Reichstag kommt es ja nicht an. (Lebh. Beifall.)

Abg. Andre (Z.): Das Ermächtigungsgesetz soll der schrankenlosen Macht der Kartelle und Syndikate ein Ende machen. Von allen Seiten müssen Opfer des Besitzes und der Arbeit gebracht werden. Von der Produktionssteigerung hängt Sein oder Nichtsein der deutschen Wirtschaft ab. Die Verlängerung der Arbeitszeit muß möglichst im Wege der freien Vereinbarung vorgenommen werden. Auch die Arbeiter müssen Opfer bringen (Anzuhe bei den Soz.) Auf dem Gebiete der Kartellwirtschaft muß in erster Linie Ordnung geschaffen werden.

Abg. Dr. Hugo (Dsp.): Das Gesetz schafft keine Diktatur nach russischem Muster. Die Regierung ist aus vier Parteien zusammengesetzt und so werden wir zu einer Diktatur der Verdichtung kommen müssen. Der Devisenbesitz darf nicht länger als strafbar betrachtet werden. Der Einzelhandel muß von der Preisstreberei-Bestimmung befreit werden, denn auch hier läßt sich die Goldrechnung nicht länger aufhalten.

Abg. Müller (Dsp.): Das Gesetz ist ein Kastrierungsgesetz, dem wir nicht zustimmen können. Die Wahrung der deutschen Ehre könne nicht einem Sozialdemokraten als Innenminister anvertraut werden.

Reichsinnenminister Söllmann: Ihnen, Herr Müller sage ich Auge in Auge: Ich lehne es ab, mich mit Ihnen über deutsche Ehre zu unterhalten, weil ich weiß, daß Sie meinen Ministerium ohne ein Wort des Widerpruchs ein Telegramm übermitteln haben, in dem ein ganzer Landesteil drohte, sich unter die Hoheit eines fremden Staates zu stellen. (Bewegung.) Dieses Telegramm stammt von einer nordischen Insel. Es ist ganz selbstverständlich, daß jedermann, wenn er sein politisches Gewissen befragt, gegen das Ermächtigungsgesetz eine ganze Reihe ernstlicher Bedenken haben muß. Auch im Schöße der Regierung sind diese Bedenken gewürdigt worden. Ich bitte, das Gesetz nicht an einer Ausschuss zu verweilen, und zwar wegen der großen Dringlichkeit die uns zwingt, rasch zu handeln, wenn unser Volk, unser Staatsleben, unsere Wirtschaft und Finanzen überhaupt noch auf dem Wege der Gesundung gebracht werden sollen. Von einem Ende des deutschen Parlamentarismus kann keine Rede sein. Alle, die davon sprechen, verkennen durchaus die Kraft des parlamentarischen Gedankens und seine großen Zukunftsmöglichkeiten. Niemand, der in konservativen Gedankengängen befangen ist oder schmerzhafte revolutionäre Gedanken hegt kann etwas anderes sagen. Die Reichsregierung selbst ist auf diesem Parlament herangezogen und unterliegt auch weiterhin der Kontrolle des Reichstags. Ein Drittel der Abgeordneten ha jederzeit das Recht und die Möglichkeit, die Regierung zur Verantwortung zu ziehen, und jede Verordnung muß auf Verlangen des Reichstags außer Kraft gesetzt werden. Die Reichsregierung wird sich gegen jeden Versuch einer illegalen Diktatur zur Wehr setzen. Auch der wirtschaftlich Stärkste wird nicht das Recht haben, eine Diktatur über das deutsche Volk auszuüben. Die Reichsregierung hat die Führung und Verantwortung, und es wird sich weder Führung noch Verantwortung nehmen lassen.

Beifall.) Im Namen der Reichsregierung habe ich folgende Erklärung abgegeben: „Die Herren Stinnes, Bögel und Klöcker haben im Auftrag des Bergbauvereins und in Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen Verhandlungen mit General Degoutte aufgenommen. Ihre Absicht, vor der Abreise zu diesen Verhandlungen mit dem Reichsfiskus Rücksprache zu nehmen, kam nicht zur Ausführung, weil der Reichsfiskus wegen der Regierungskrise und der damit verbundenen Besprechungen die Herren nicht empfangen konnte, als sie in der Reichskasse erschienen. Nach der Rückkehr von den Verhandlungen berichteten die Herren an den Reichsfiskus ungenügend das Ergebnis. Die Reichsregierung stellte bisher zu den aufgeworfenen schwierigen Fragen keine Stellungnahme, weil die diplomatischen Vertreter des Reiches in Paris und Brüssel Anweisung erhalten haben, eine Meinungsäußerung derartigen Reaktionen über die mit der Arbeitsaufnahme an Rhein und Ruhr zusammenhängenden Fragen herbeizuführen; die Berichterstattung hierüber muß zunächst abgewartet werden.“ Ich bitte nochmals an das Haus die Bitte, ohne Verzögerung dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, damit der Weg zum rettenden Meer frei werde (Beifall.)

Die Abg. W. Wiers (Wesf.), Fehr (Bayr. Bauernbund) und Ledebour (Unabh. Sen.) lehnen das Ermächtigungsgesetz ab.
Abg. Müller (Deutschholl.): Die Bevölkerung der Rhein- und Ruhrgebiete hat sich über kommunistischen Terror beklagt und in einem Telegramm erklärt, wenn kein Wandel eintrete, werde man sich unter holländischen Schutz stellen. (Gr. Unruhe.) Als Abgeordneter bin ich verpflichtet gewesen, dieses Telegramm sofort an das Innenministerium weiterzuleiten. (Unruhe.)

Reichsinnenminister Solfmann: Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß Herr Abgeordneter Müller ein Telegramm, das mit Hochverrat drohte, ohne ein Wort des Widerspruches an den Herrn Reichsminister des Innern weitergeleitet hat. Auch heute hat Herr Müller kein Wort des Widerspruches gefunden. (Großer Lärm links.)
Sag. Gesandter v. Freger: Die Pariser Regierung verweigert dem Ermächtigungsgesetz nicht zuzustimmen. Sie trägt Bedenken, in die Hände der Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung so weitgehende Vollmachten zu legen, wie sie in diesem Entwurf enthalten sind. (Beifall rechts, großer Lärm links.)

Damit schließt die erste Beratung des Gesetzentwurfes. Der Antrag der Deutschnationalen auf Ausdehnungsüberweisung wird abgelehnt.

Das Haus trat heute in die zweite Lesung ein. Die Kommunisten haben dazu beantragt, die Regierung möge in Verfahren wegen Komploits gegen die innere und äußere Sicherheit des Reiches und wegen Hochverrats gegen die rheinischen Schwerindustriellen einleiten, die mit Degoutte und dem Vorstehenden der internationalen Kommission die bekannten Verhandlungen führten.

Abg. Helldorff (D.): Wenn tatsächlich von Stinnes und seinen Freunden ein Vertrag abgeschlossen sein sollte, so weiß ich nicht, wozu wir heuern, wenn jeder einzelne in der Lage ist, mit einem General-Vertrage abzuschließen. Ganz unmöglich ist der weite Artikel des Ermächtigungsgesetzes, der eine bestimmte Regierungszusammensetzung vorschreiben will. Schleunigst muß eine einigermaßen wertbeständige Währung geschaffen werden. Nachdem im weiteren Verlaufe der Debatte auch der Redner der Sozialistischen Volkspartei, Nord, die Vorlage abgelehnt hatte, wurden die einzelnen Paragraphen unter Abkürzung aller Änderungsanträge angenommen. Die dritte Lesung des Gesetzes wurde aber infolge des Einspruchs der Kommunisten und der Deutschnationalen erst auf übermorgen festgesetzt.

Greys Friedensappell.

Aus London wird der „Post“ Folgendes gebracht: Die Reichskonferenz hat am Montag, bevor sie sich auf Donnerstag vertagt, beschlossen, daß sie den ersten Bericht von Lord Robert Cecil am Donnerstag über den griechisch-italienischen Konflikt und Freitag Lord Curzon's Antwort an die Premierministerin anhören werde, bevor sie zu der Frage Stellung nimmt, in welchem Umfange die Reden in der außenpolitischen Debatte veröffentlicht werden sollen. Es verläutet, daß die Premierministerin ausführlich zu den einzelnen Fragen der Außenpolitik, darunter auch zu den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, Stellung genommen haben und für eine aktivere Reparationspolitik, die Englands wirtschaftliche Interessen wahr, aber auf ein freundschaftliches Zusammenarbeiten mit Frankreich aufgebaut ist, eingetreten seien.

In dieser Hinsicht verdient Beachtung, daß der ehemalige Außenminister Lord Grey, der in politischen Fragen stets in engen Beziehungen zu General Smuts gestanden hat, heute unerwartet in einem Brief an die „Times“ ausführlich zu den Fragen der Außenpolitik Stellung nimmt. Der ganze Brief ist ein warmherziger Appell an Frankreich als die einzige neben England noch in Europa vorhandene Demokratie, gemeinsam mit England für die Unverletzlichkeit des Völkerrechts und den Säug der haarsüßigen Freiheiten gegen die Herrschaft der Diktatur einzutreten. Grey schreibt:

„Die Katastrophe eines neuen europäischen Krieges kann nur vermieden werden, wenn bei allen Streitfällen der erste Versuch gemacht wird, durch die gerechte Entscheidung eines unparteiischen Gerichtshofes die Streitigkeiten zu schlichten, bevor die Völker zu Gewaltanwendungen übergehen. Der italienisch-griechische Konflikt drängt Gewalt zur Anwendung in seiner lebendigen Form. Dieser Konflikt ist jetzt durch eine Entscheidung beendet worden, die nicht aufzubauen ist auf die Unterjochung der Parteien und deren gerechte Bewertung. Dieser Entscheidung liegt aber keine Herrschaft zugrunde.“

Grey legt dann auseinander, daß es verzeihlich wäre, zu verlangen, daß England und Frankreich sich jetzt über die Reparationsfrage und das Ruhrproblem gewissermaßen über Nacht einigen könnten. Dazu legt England zu sehr davon überzeugt, daß die Außenpolitik die Erlangung von Reparationen nicht nur in Frage stellt, sondern in Deutschland innenpolitische Folgeerscheinungen heraufbeschworen habe, die geeignet seien, den Wiederaufbau Europas zu verhindern. Grey stellt die Frage, ob es nicht möglich sei, eine Zusammenarbeit mit Frankreich zu einem einmal auf anderen Gebieten als über die Probleme, die durch den Versailles-Vertrag bereits präjudiziert seien, einzuleiten.

Abkommen der Ruhrindustriellen mit Frankreich.

Paris, 9. Oktober.
Die Hayes-Agentur meldet aus Düsseldorf: Zwischen der internationalen Kontrollkommission und den Gesellschaften Phönix und Rheinisch-Westfälische wurde ein Abkommen getroffen, nach welchem beide Unternehmen die Kohlenlieferungen auf Grund des Programms der Reparationskommission wieder aufnehmen. Sie zahlen die Kohlensteuer und die zünftigen Kohlensteuer seit der Besetzung. Als Gegenleistung werden die beschlagnahmten Werkstätten freigegeben und den Fabriken auf Grund der erlangten Ausschüttungen gestattet, die Ausfuhr ihrer Produkte nach dem Exportverbot von 1922 wieder aufzunehmen.
Hier befindet sich wieder, daß die größten Schreier und Franzosenfreier die Seiten haben, die sich dem Ledigen vor die Augen setzen, um ihren Profit zu sichern. Die deutschnationalen Reich-

politiker flunkern dem Volke nur solange Verrat der Sozialdemokratie vor, bis sie wieder selbst die Gewalt in Händen haben. Dann werden sie sich schon mit den Franzosen einigen — auf Kosten der Arbeiterklasse, wie eine Brüsseler Meldung besagt, derzufolge Stinnes Degoutte einen Plan vorgelegt habe, der Frankreich und Belgien Jahreszahlungen in Höhe von 2½ Milliarden Goldmark für die Reparationszahlungen sichern würde. Allerdings habe Stinnes hieran die Bedingungen der Aufhebung des Kohlenexportverbotes geknüpft, eine Bedingung, die die belgische Regierung nicht angenommen, sondern abgelehnt habe.

Die Meldungen der französischen Presse bestätigen nicht nur das verräterische Vorgehen der Zechenherren gegen die Arbeiterklasse, sie zeigen auch, daß sich Stinnes mit seinem Angebot eine verächtliche Ablehnung bei dem französischen Delegierten geholt hat. Dieser Zuschnitt General Degouttes unterstreicht die Tatsache, daß selbst die französischen Besatzungsbehörden, die wahrlich nicht viel für die sozialpolitischen Interessen der Arbeiterklasse übrig haben, den deutschen Zechenbaronen, die unter dem Schutz der französischen Bajonette die alte Sklaverei im Ruhrgebiet einführen wollen, nur Verachtung zollen.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat an die Reichsregierung den dringenden Antrag gestellt, die Verhaftung der Zechenbesitzer im Ruhrgebiet anzuordnen, da sie nicht nur einen schweren Verstoß gegen die Reichsverfassung, sondern auch gegen andere reichsgesetzliche Bestimmungen unternommen haben.

Wie sehr die eigenmächtigen Maßnahmen derer um Stinnes auch „nichtmarxistische“ Kreise verschupfen, zeigt der einstimmige Beschluß des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, der an den Vorstand des Ringes das dringende Ersuchen richtet, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszuschneiden. Maßgebend für diesen Beschluß war die Ermägung, daß das schwerindustrielle Unternehmertum durch seine in der letzten Zeit getroffenen Maßnahmen, die gegen die Lebensinteressen der gesamten Nation verstoßen, sich willkürlich und einseitig über Gesetz und Vertrag hinweggesetzt haben. Damit seien die Voraussetzungen für ein erfruchtliches Zusammenarbeiten in der Zentralarbeitsgemeinschaft zerstört.

Stinnes bei den Franzosen.

Hugo Stinnes hat in diesen Tagen wieder einmal ausgiebig die Leffentlichkeit beschäftigt. Anlaß dazu bot die von ihm initiierte Regierungskrise und seine Verhandlungen mit dem General Degoutte in Düsseldorf. Seine alte Taktik, im Hintergrund zu bleiben und durch Drahtzieher seine Geschäfte besorgen zu lassen, muß nun Herr Stinnes, angefaßt von allen Seiten auf ihn niederprasselnden Angriffe aufgeben. Zum ersten Male ergreift er selbst das Wort. In einem Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wendet er sich gegen die Angriffe, die am Sonntag Georg Bernhard in der „Post“ gegen wegen seiner unerdienstlichen Ministerarbeit, die unter dem Deckmantel des Patriotismus die nacktesten Geschäftsinteressen verteidigt, gegen ihn erhoben hatte.

Ueber den Rechtfertigungsversuch von Stinnes wird noch zu reden sein. Jetzt sei nur auf folgende zwei Tatsachen hingewiesen, die klar erkennen lassen, daß bei Stinnes Politik nur das Mittel zum guten Geschäft ist und daß deutsche Interessen ihm außerordentlich feil sind, wenn er durch ihre Preisgabe eigene Interessen fördern kann.

Wir haben auf der 3. Seite unseres Blattes die Forderungen der rheinischen Industriellen an die Reichsregierung wiedergegeben, die durch Hugo Stinnes übermittelt wurden. Was bedeuten sie?

1. Die Abdankung des Reiches vor der Großindustrie, die Auslieferung der deutschen Souveränität an eine handvoll Leute, denen das deutsche Vaterland nichts, der Geldbeutel alles bedeutet.
2. Befreiung aller Verpflichtungen der Industrie, die der Aufrechterhaltung der Staats- und Volkswirtschaft dienen. Dazu gehören die Befreiung der Kohlensteuer und die Befreiung der öffentlichen Bewirtschaftung der Kohle.
3. Mit der Befreiung aller Verpflichtungen der Industrie gegenüber dem Staat und der Wirtschaft wird verbunden der Versuch, den Arbeitern und Angestellten erhöhte Löhne aufzuerlegen. Die Arbeitszeit soll auf den Vorkriegsstand ausgedehnt werden und zwar bei gleichbleibendem Lohn. Sämtliche Demobilisierungsverordnungen sollen beseitigt werden, also sowohl der Entlassungsschutz als auch die Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen, die Stilllegungsverordnungen und dergleichen.

Zeigen diese Forderungen bereits, wie strupplos die rheinischen Industriellen vorgehen, nach dem die Arbeiter neun Monate lang die größten Opfer gebracht haben, so ist es glatter Landesverrat, daß diese selben Leute die Hilfe der französischen Bajonette gegen die deutsche Gesetzgebung und gegen die deutschen Arbeiter und Angestellten in Anspruch nehmen. Alle Angaben, daß der General Degoutte die Einführung des Zehnhunderttages gefordert habe, sind glatt erlogen. Sie stammen aus der Stinnes-Hugenberg-Presse und sollen den gemeingefährlichen Aufschlag verdecken, den Stinnes und seine Freunde seit langem vorbereitet haben. In Wirklichkeit hat Stinnes bei den Verhandlungen, die zwischen ihm, Klöcker, Bögel und dem General Degoutte in der letzten Woche in Düsseldorf stattfanden, an den französischen General das Ersuchen gerichtet, die deutschen Industriellen bei der Einführung der Vorkriegsarbeitszeit zu unterstützen. Was aber hat der französische General darauf geantwortet? Die Regelung der Arbeitszeit ist nicht Frankreichs Angelegenheit, sondern Gegenstand der deutschen Gesetzgebung. Bei dem Aufrechterhalten habe Frankreich erklärt, es werde die deutschen Gesetze und Verordnungen achten. Von diesem Standpunkte weiche er nicht ab, besonders nicht, da der Kohlenexport am Vorkriegsstand anerkannt sei.

Der französische General schloß also den Kohlenexport, den Stinnes und seine Genossen mit Hilfe der französischen Bajonette zu befehlen machten. Wenn das nicht Landesverrat ist, so gibt es überhaupt keinen. Wir möchten einmal sehen, was die Herren der Industrie sagen würden, wenn deutsche Gewerkschaftsführer der Franzosen anbieten würden, sie wollten ihnen bei der Erfüllung der Kohlenlieferung gegen den Willen der deutschen Industrie und gegen die gesetzlichen Vorschriften beihilflich sein. Wahrscheinlich würde keiner dieser Gewerkschaftsführer 24 Stunden später sich noch am freien Tage befinden. Herr Stinnes aber ist nicht nur Mitglied der Deutschen Volkspartei, sondern auch Mitglied des Deutschen Reichstages!

Stinnes wirbt in Amerika.

London, 9. Oktober.

Dem „Daily Telegraph“ wird aus New York gemeldet, daß Vertreter von Stinnes und von anderen deutschen Großindustriellen gestern in New York eingetroffen sind, um dort amerikanische Kapitalisten für deutsche Unternehmungen zu interessieren. Es handelte sich um den Generaldirektor des Stinnes-Konzerns, Port, und den Professor Karl Borsch, Generaldirektor der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Die Herren hätten erklärt, daß Deutschland sehr wohl verstehe, daß es nicht auf irgendeine Hilfe der englischen oder amerikanischen Regierung rechnen könne, daß man in Deutschland jedoch hoffe, zu praktischen Abmachungen mit den amerikanischen Fabrikanten zu gelangen.

Gegen die Willkür der Zechenbarone.

Die Betriebsräte sämtlicher Zechen des Ruhrgebietes haben entgegen den Forderungen des Zechenverbandes an der bisherigen Arbeitszeit festgehalten. Soweit es sich bisher überblicken läßt, sind die Belegschaften Dienstag früh wie gewöhnlich eingeleitet. In Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen. Wie die Ausfuhr erfolgen wird, kann sich erst beim Zwischenwechsel zeigen, der im Laufe des Nachmittags erfolgt.

Die Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit ist von den Bergwerksbesitzern nicht durchgeführt worden. Die Aufforderung des Reichsarbeitsministeriums, mit der Verlängerung der Arbeitszeit zu warten, bis neue Verhandlungen stattgefunden haben, ist von allen Zechen befolgt worden. Auf den staatlichen Zechen waren Plakate, die eine Verlängerung der Arbeitszeit ankündigen, überhaupt nicht angebracht worden.

Die Wiederaufnahme der Sachlieferungen.

Halbamtlich wird mitgeteilt, daß der deutsche Geschäftsträger in Brüssel, Jasper, die Bereitschaft der Reichsregierung zur Wiederaufnahme der Sachlieferungen mitgeteilt hat.

Wie der sozialdemokratische Parlamentsdienst mitteilt, hat die Entwicklung der Verhältnisse im Ruhrgebiet die Reichsregierung veranlaßt, ihre Vertretungen in Brüssel und Paris erneut anzuweisen, bei den zuständigen Regierungen um sofortige Aufnahme von Verhandlungen nachzugehen. Diese Verhandlungen sollen in erster Linie der Wiederherstellung der Ordnung im Ruhrgebiet dienen.

46,8 Milliarden schwebende Schulden.

Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums belief sich die schwebende Schuld am 30. September auf 46 844 781 444 537 903 Mark. Davon waren diskontierte Schahyanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit 46,716 Billionen Mark, 184,7 Milliarden hatten längere Laufzeit. Für Zwecke der Reichsgetreideversorgung wurden 36,32 Billionen Mark aufgewandt. Die Einnahmen für Reichspost- und Telegraphenverwaltung im August beliefen sich auf 5,61 Billionen Mark gegen 3,85,47 Milliarden im Vormonat. Die Einnahmen der deutschen Reichsbahn betragen 50,50 Billionen. Im Vormonat wurden 3,029 Billionen Mark eingenommen. Von diesen Einnahmen entfallen 8,298 Billionen Mark auf den Personen- und Gepäckverkehr und 41,346 Billionen auf den Güterverkehr.

Vertagung des sächsischen Landtages.

II. Dresden, 9. Oktober.

Der sächsische Landtag hielt heute nach längerer Pause seine erste Sitzung ab. Vor dem Landtagsgebäude und im Landtag selbst waren starke Stipo-Polizisten vertreten. Präsident Windler eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß ein Antrag eingegangen sei, die Tagesordnung heute nicht zu erledigen, sondern die Sitzung auf Donnerstag zu vertagen. Abg. Schnitzsch (Komm.) erklärte, die Vertagung erfolge weniger wegen der noch nicht beendeten Regierungsumbildung, sondern vielmehr wegen der Frage über die Verhandlungen mit der Reichswehr. Jedenfalls sei der Ministerpräsident heute nach Berlin berufen worden, um die Frage noch einmal eingehend zu beraten. (Zuruf rechts: Sie gerade hätten alle Ursache, darüber froh zu sein; denn Sie können sich glücklich preisen, wenn Sie bei diesen Verhandlungen mit heiler Haut davontommen.)

Der Antrag auf Vertagung der Sitzung auf übermorgen wird hierauf gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen.

Die sozialistisch-kommunistischen Verhandlungen in Thüringen.

II. Weimar, 9. Oktober.

Die Verhandlungen über die Regierungsumbildung in Thüringen wurde heute in Weimar fortgesetzt; sie führten zu einer weitgehenden Übereinstimmung in der Richtung der Bildung einer sozialistisch-kommunistischen Regierung. Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

Verdoppelung der Beamtengehälter. Der Leistungszuschlag, der für die Zeit vom 24. September bis 8. Oktober 699 900 Prozent betrug, ist vom 9. Oktober ab auf 1 399 900 Prozent erhöht worden. Hinzu tritt für Berlin ein Sonderzuschlag von 217 000 Prozent (bisher 108 500 Prozent). Die Beamtenbezüge erfahren somit von heute ab eine Verdoppelung.

Aufhebung der Zensur. Der Reichswehrminister hat an die Wehrkreisebefehlshaber folgenden Befehl erlassen: Die Verordnung vom 1. Oktober über Verbreitung von Nachrichten ist aufgehoben. Gegen Zeitungen und Nachrichtenbüros, die durch Verbreitung ungeprüfter Nachrichten die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden, ist auf Grund des Par. 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September einzuschreiten. — Das Verbot der Berliner Volkszeitung ist aufgehoben. Das Blatt ist wieder erschienen.

Bedenkliche Zahlen. Die Schlüsselzahl im Buchhandel beträgt ab Mittwoch, den 10. ds. Mts., 170 Millionen, diejenige für das Buchdruckgewerbe 7½ Millionen Mark. — Ein Zentner Koks kostet in Berlin 1 302 000 Mark, ein Kubikmeter Gas in Lübeck 60 Millionen.

Gegen den Bucher in Spanien. Eine neue Verordnung des Direktoriums verbietet bei Verkauf von Lebensmitteln einen Gewinn, der 14 % übersteigt.

Minow und Stinnes. Wie die T. U. von authentischer Seite erfährt, ist Generaldirektor Friedrich Minow aus der Firma Hugo Stinnes ausgeschieden und zwar infolge persönlicher Meinungsverschiedenheiten auf politischem Gebiet, die sich zwischen Hugo Stinnes und ihm herausgestellt haben.

Die Berliner Parteigenossen zur Koalition.

Am Sonntag tagte der Bezirksparteitag der Berliner Sozialdemokratie. Es sprach Herz über die Fortsetzung der großen Koalition. Er gedachte dabei des Ermächtigungsgesetzes und bemerkte, über den Achtundzestag würden nicht nur Regierung und Parlament entscheiden, sondern die Gewerkschaften und die Arbeiterchaft in den Betrieben. Die Gefahren, die in dem ganzen Ermächtigungsgesetz liegen, seien das kleinere Uebel angeht die seiner Rede ausführte — die illegale Diktatur mit ihrem Blut und Schreden verhindert und durch die legale Diktatur ersetzt wird.

Darauf sagte Aufhäuser: Wenn eine Diktatur möglich und notwendig ist, so müssen wir doch die Frage aufwerfen, warum es nicht unsere Diktatur ist. Es liegt die Gefahr vor, daß sich in dem Direktorium — und nichts anderes ist die gegenwärtige Regierung — unsere Leute nicht durchsetzen. Die Bedenken, die gegen das Ermächtigungsgesetz sprechen, sind so schwer, daß sich die Opposition in der Fraktion überlegt hat, ob es nicht angebracht sei, gegen das Gesetz zu stimmen. Wir haben nur deshalb davon abgesehen, weil dieser Beschluß Konsequenzen auch in organisatorischer Hinsicht nach sich ziehen würde. Wir haben daher beschlossen, der Abstimmung fernzubleiben.

Hilferding: Würden unsere Genossen aus der Regierung austreten, dann würden die Verhältnisse so sein: Wir wären die Schwächeren, unsere Gegner wären gut gerüstet und die Bourgeoisie hätte eine gut bewaffnete und militärisch gesicherte Reichswehr in der Hand. Demgegenüber steht die Arbeiterchaft zerstückelt und in inneren Kämpfen gespalten. Wir haben den Verstand, aber auf der andern Seite ist die militärische Taktik und Energie. Durch den Rückgang der Parteipresse in allen Orten, und besonders auch in solchen Orten, die möglichst radikale Töne anschlagen, ist der Einfluß der Partei auf die Massen erheblich reduziert. Dasselbe gilt für die Gewerkschaften, die durch den Rückgang der Gewerkschaftspresse und die Spaltungsversuche der Kommunisten in ihrer Macht geschwächt sind. Viele, die 1919 bei uns waren, sind heute bei den Nationalsozialisten. Deshalb beantworten ich die Frage Aufhäuser: weshalb errichten wir nicht unsere Diktatur? damit: weil wir die Macht und die Kraft nicht dazu haben. In der ganzen Welt ist der Sozialismus und die Sozialdemokratie zerfallen.

Bliden wir nach England, wo die große Labour Party nach ihrem beispiellosen Wahlsieg kaum noch in der Lage ist, ihre einzige Tageszeitung aufrechtzuerhalten. Wir haben eine geschlossene Sozialdemokratie nur noch in wenigen Ländern, die vom Krieg verschont worden sind. So sieht es in Wirklichkeit um die Macht des Sozialismus aus. Woher rührt das? Aus der ganzen Entwicklung, die sich in der Partei vollzogen hat. Selbstverständlich ist in Beratungen, die wir unter uns pflegen, schärfste Kritik am Platze. Nach außen müssen wir aber geschlossen auftreten. Das ist die erste Vorbedingung, wenn wir mächtig und kräftig sein wollen. Nach dem Kriege kamen Millionen von Arbeitern zurück, umgeschult und unbehilflich und strömten in die Reihen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien. Sie gingen von einer Partei zur andern und überall hat man ihnen erzählt, daß die Führer nichts taugen. Die Folge davon ist, daß sie heute bei den Nationalsozialisten gelandet sind. Das ist die große Gefahr der unfruchtbaren Arbeit, und daß muß uns warnen, daß es so nicht weitergehen kann.

Die Konterrevolution schreitet fort und stärkt sich von Tag zu Tag und holt zum entscheidenden Schläge aus. Ich befürchte, daß es in vier bis sechs Wochen keinen Streit mehr über die Dinge geben wird, ich befürchte, daß wir nicht mehr die Möglichkeit haben, in Versammlungen zusammenzukommen, um uns zu beraten, daß wir keine Presse mehr haben, in der wir über diese Dinge schreiben können, was geschrieben werden muß. Ich befürchte das alles, wenn sich die Arbeiter nicht um ihre Führer und die alte Fahne scharen, um den Kampf für den Sozialismus und die Republik zu führen.

Nach dieser Rede, die einen tiefen Eindruck machte und langanhaltenden Beifall auslöste, wurde beschlossen, sofort die Wahl des Bezirksvorstandes vorzunehmen.

Bemerkenswert ist noch, daß Anträge, die die Teilnahme der Sozialdemokraten am neuen Kabinett Stresemann billigten, nicht einmal von so vielen Delegierten unterstützt wurden, daß sie nach der Geschäftsordnung zur Abstimmung gestellt werden konnten.

dagegen fanden alle Anträge auf schärfste Mißbilligung der Vorstands- und Fraktionspolitik ausreichende Unterstützung. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. Die Debatte soll in zwei Wochen zu Ende geführt werden. Auf dem Parteitag wollte die Mehrheit den Bezirksvorstand, der in seiner überwiegenden Mehrheit auf dem Boden der Fraktionspolitik steht, sofort absetzen. Hierüber gab es besonders während Hilferdings Rede stürmische Auseinandersetzungen. Man einigte sich schließlich dahin, daß in der nächsten Versammlung die Abstimmung vorgenommen wird. Auch über einen Antrag auf Ablehnung der Redaktion des „Vorwärts“ wird an diesem Tage die Entscheidung fallen.

Was die Schwerindustriellen fordern.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ schreibt:

Bei den Verhandlungen, die zwischen den rheinischen Großindustriellen unter Führung von Stinnes mit dem französischen Oberbefehlshaber Degoutte in Düsseldorf geführt worden sind, hat Stinnes auch eine Entscheidung gegen den Achtundzestag herbeizuführen versucht. Dieses an Landesverrat grenzende Verhalten eines deutschen Reichstagsabgeordneten ist von dem französischen General mit dem Hinweis abgelehnt worden, es handle sich dabei um eine Frage der deutschen Gesetzgebung. Angesichts dieser Tatsache muß die Frage aufgeworfen, wie lange sich der deutsche Reichstag und das deutsche Volk noch einen Volksvertreter gestatten will, der im Kampfe um innerpolitische Meinungsverschiedenheiten die Hilfe französischer Bajonette ansetzt. Keun Monate haben die Bergarbeiter das Ruhrgebiet gegen die Franzosen verteidigt, jetzt versuchen deutsche Großindustrielle, sie mit Hilfe französischer Bajonette zu Sklaven herabzubringen.

Die Reichsregierung muß ihre Stellung zu diesen Dingen der Öffentlichkeit schleunigst bekanntgeben. Wir erwarten, daß Herr Stresemann, der gegen die mangelnde Opferwilligkeit der Wirtschaftler so kräftige Worte fand, diesen Dolchstoß gegen die deutsche Souveränität so scharf verurteilt, wie es die Rücksicht auf seine Wirkungen auf die Bergarbeiter und die gesamte deutsche Arbeiterchaft erfordert. Um so mehr als die rheinischen Großindustriellen ja jetzt auch der Reichsregierung Forderungen unterbreitet haben, deren Aufstellung allein zeigt, daß sie die Autorität der Regierung im Ruhrgebiet untergraben wollen und meinen, jetzt könnte die alte Forderung von Stinnes nach wirtschaftlicher Selbständigkeit des Ruhrgebiets verwirklicht werden.

Die Forderungen der rheinischen Industriellen verlangen u. a.:

- Erlaß der seit der Ruhrbesetzung beschlagnahmten Kohle.
- Erlaß der seit dieser Zeit zwangsweise erhobenen Kohlensteuer.
- Beseitigung der Kohlensteuer für das Ruhrgebiet.
- Garantie der Vergütung für künftig zu liefernde Reparationskohle.
- Aufhebung des Kohlenkommissariats und der staatlichen Verteilungsorgane der Kohlen im besetzten Gebiet.

Devisen-Kurse.

Berlin, 10. Oktober.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	9. Oktober.	8. Oktober.
Amsterdam	1 fl. 478812500.—	329575000.—
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr. 69840000.—	41895000.—
Kristiania	1 Kr. 189525400.—	13164000.—
Kopenhagen	1 Kr. 211497000.—	14862750.—
Stockholm	1 Kr. 819200000.—	221445000.—
Helsingfors	1 finn. Mk. 32718000.—	22548500.—
Rom	1 Lire 54463500.—	37508000.—
London	1 £ 5486250000.—	3790500000.—
Newyork	1 Dollar 1197000000.—	885905000.—
Paris	1 Frs. 72817500.—	49875000.—
Zürich	1 Frs. 215460000.—	16962500.—
Madrid	1 Pesetas 162592500.—	11271750.—
Wien	100 Kr. 17187000.—	1175000.—
Prag	1 Kr. 36809500.—	24788000.—
Budapest	1 Kr. 64837.—	44388.—

Ermächtigung der Kommission der Industriellen, die Verhandlungen weiterzuführen.

Ermächtigung der Kommission, mit den Besatzungsmächten laufende Fragen zu regeln.

Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden und Aufhebung sämtlicher Demobilisierungsverordnungen.

Die rheinischen Industriellen verlangen ferner von der Reichsregierung Auskunft, wie sich die Reichsregierung zu der Schaffung einer Eisenbahnbetriebsgesellschaft im besetzten Gebiet stelle, an der das Rheinland, Frankreich und die Industrie beteiligt sind.

Diese Pläne zeigen Herrn Stinnes und seine Trabanten in Reinkultur. Die Schwierigkeiten der außenpolitischen Lage Deutschlands werden von ihnen zum schärfsten Druck gegen die eigene Regierung und das eigene Volk benutzt. Zugunsten von Stinnes soll die Reichsregierung abdanken und ihm die Oberhoheit über das Schicksal des Ruhrgebiets überlassen. Wir unterbreiten diese Pläne deshalb der Öffentlichkeit in der sicheren Erwartung, daß damit allen denen die Augen geöffnet werden, die Herren Stinnes bisher noch nicht als das erkannt hatten, was er wirklich ist, nämlich der schärfste Feind des deutschen Volkes.

Der preussische Handelsminister Genosse Siering hat darauf die staatlichen Zeichen im besetzten Gebiet sofort angewiesen, die Anordnungen des Besatzungsverbandes über die Verlängerung der Arbeitszeit nicht zu befolgen. Dadurch wurde die Einheitsfront der Grubenbesitzer durchbrochen und der Rest hat es vorgezogen, angesichts des einmütigen Widerstandes der Arbeiterchaft und ihrer Vertreter in der Reichsregierung und im preussischen Kabinett ihre Anordnung zurückzuziehen. Was allerdings geschehen wäre, wenn nach dem Wunsche der Schwerindustrie eine sozialistenreine Regierung sowohl im Reich wie in Preußen entstanden wäre, kann sich jeder selber ausmalen.

Vermischte Nachrichten.

Die Frau und vier Kinder ermordet. Der Arbeiter Fischer in Herford bei Hirschberg in Schlesien ermordete in der Nacht zum Sonntag aus bisher unbekanntem Gründen seine Frau und seine vier Kinder im Alter von 3 bis 14 Jahren. Ein Kind von einem Jahr ließ er am Leben. Fischer hat sich dann selbst der Polizei gestellt.

Ein gefährlicher Frauenarzt. Ein 32 Jahre alter Herbert Pathe, der sich Schriftsteller und Ingenieur nennt, trat während des Krieges als Stabsarzt auf und „behandelte“ u. a. eine Offiziersfrau mit dem Erfolge, daß sie an den Folgen starb. Nach Verbüßung einer längeren Gefängnisstrafe nahm er sein Treiben wieder auf und „praktizierte“ zuletzt in der Ludenwalder Straße in Berlin als Spezialarzt für Frauenleiden. Eine Nervenfranke, die sich ihm anvertraut hatte, besuchte er in Abwesenheit ihres Mannes in der Wohnung und verabreichte ihr mehrere Spritzen eines Betäubungsmittels. Nachdem sie bewußtlos geworden war, stahl er Milliardenwerte an Silber- und Schmuckstücken und verschwand damit. Pathe ist Morphiumfiel. Nach Genuß einer großen Menge dieses Giftes brach er in einer Wirtshaus in der Nähe des Anhalter Bahnhofes zusammen und wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Hier erzählte er im Morphiumrausch selbst seine Tat. Auch die von ihm behandelte Frau liegt schwer krank darnieder.

Schneefall in den Vogesen. In den Vogesen ist in der Nacht Schnee gefallen. An manchen Stellen erreichte er nach Nachrichten aus Straßburg 30 Zentimeter Höhe.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil i. B. Hermann Bauer, für Inzerate Heinrich Steinberg; Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.
Von Leon Frapic.

10. Fortsetzung.

Sulette war nicht sehr von der Existenz der Philanthropen überzeugt, sie fragte, „was es für Leute wären.“ „Herr und Frau Balcant stehen in den Bierzimmern, sind kleine, dürftige Gestalten, und in Hinblick auf Schönheit nicht bevorzugt; er ist kahl, hat einen Weinfleck auf der linken Wade, sie den kleinen Kopf einer Henne, eine Schulter höher als die andere. Nun stellen Sie sich den ruhrenden Charakter ihrer Wohlthätigkeit vor. Die gekauften Mädchen sind immer kramme, schöne, gesundheitsstrotzende Geschöpfe, die ihnen eher so etwas wie Eifersucht einflößen mußten. Nun gut, je hübscher, früher ein Mädchen ist, — um so mehr erweist sich folglich Frau Balcant neben ihr benachteiligt, — um so mehr aber schürt sie die Frau, gibt ihr Ratsschlüsse, verhält sich zu ihm, um so mehr spricht der Herr mit einer Art Ergebenheit und Achtung zu ihr. . . sicher, sie hegen eine von der Schönheit erregte Bewunderung, deshalb ängstigen sie sich auch, haben Furcht vor Begierden, Verbredchen, welche die Schönheit veranlaßt. Einmal habe ich ihnen eine hübsche Bretagnerin, ach! war die schön, übergeben, welche sie der Öffentlichkeit nicht aussetzen wollten, die starrten sie aus und verheirateten sie.“

Nach diesen Worten kam Kosalie. Sie konnte erst um elf Uhr abends zu Bett gehen, ihre Herrschaften hatten Gäste zum Diner gehabt. Sulette machte sie mit dem Lauf des Gesprächs bekannt. Der Frau Coqueho Verdienst um die Tugend gab ihr viel Grund zum Nachdenken; sie ließ sich auf den Koffer fallen.

„Nun, und wenn Sie Sulette eine Stelle bei einem einzelnen Herrn, in älteren Jahren“ vorzuschlagen,“ sagte sie herausfordernd, „das ist dann kein Handel?“ „Nein, mein Kind,“ sagte Frau Coqueho feierlich. „Ein Handel würde es sein, sie irrezuführen, sie, sagen wir, zu einer alten Dame zu schicken, die geeignet erschiene, ihr später eine Rente zu hinterlassen. Ich habe eine derartige Sache unter meinen Adressen: ein isoliert stehendes Gartenhaus in Nuteuil, Sie klingen, die Wohnungstür öffnet sich vermittlels einer vom Nebenzimmer aus in Bewegung gesetzten Zugvorrichtung. Sie sehen, niemand, nun gehen Sie vorwärts, die Tür schließt sich wieder hinter Ihnen, und anstatt einer alten Dame ist es eine Art Satyr, der Sie anfällt. Nein, zu solchen Streichen gebe ich mich nicht her, allein da Sulette sehr geistig ist, spreche ich so zu ihr: Ihre Jugend hat einen verwünschten Wert; ziehen Sie Vorteil daraus. Oh Sie dieselbe nun nützen oder nicht, das Resultat ist in einigen Jahren das gleiche, Sie werden weiß sein.“

Mit lustiger Miene beharrte Sulette hemegeungslos. Frau Coqueho begann wieder: „Ich will Ihnen sagen, daß Sie bei Entschlossenheit noch viel

schöner verblühen, Sie werden gallenleidend, Ihr frischer Teint wird das Aussehen einer Zitrone bekommen. Sie haben ein lebhaftes, liebebedürftiges Temperament.“

Kosalie sehte sich, aus vollem Halse lachend, rittlings auf den Koffer:

„Soviel ist Tatsache, daß die Arbeit eines Dienstmädchens, die ewige Bläderei im Stehen dich nicht gerade frisch erhält. Ich wette, man ist ebenso verblüht nach zehn Jahren der Hauswirtschaft wie der Ausschweifung.“

Sie pustete und fächelte sich in komischer Weise mit ihren Röden.

Sulette zündete mit skeptischer und angewidelter Miene eine neue Kerze an.

Frau Coqueho fuhr fort:

„Ich rate Ihnen keine unflüchtige Zügellosigkeit; Sie bleiben Ihre eigene Herrin — nur würde ihre Anmut als Trumpf zählen, während sie hier für nichts gilt. Sehen Sie, Katharine, die Elsfässerin — Kosalie kennt sie gut — die war wie Sie weder auf die eine noch die andere Seite des Geländers bestreut; sie ließ es an sich herantommen. Ich habe sie bei einem alten Lebemann, der am Magen zu leiden begann, untergebracht. Nun also! Sie hat ihn zur Mühseligkeit befehrt, beide gehen zusammen in die Messe, das heißt abwechselnd; einmal in die katholische, einmal in die protestantische Kirche, weil Katharine Protestantin ist. Sie sind Mitglieder des Vereins gegen Unflüchtigkeit. . . Ich schlage Ihnen die Spekulation, das Glück des Spieles vor!“

Diese Schlussfolgerung machte Eindruck auf Sulette; sie ermangete nicht des Gedächtnisses. Die zum Fall entlassenen Dienstmädchen lachen darauf, sich die Wahrheit selbst zu beschönigen. Ein Rest menschlicher Achtung hätte sie vor einem zweifellos unmoralischen Handel zurücktreten lassen. Frau Coqueho überredete sie, daß sie nur ihr Glück verfluchten; man mußte nicht . . . es konnte ein ehrbarer Liebeshandel daraus hervorgehen.

„Mit einem Wort,“ sagte Kosalie höhnisch, „Sie wollen uns ganz einfach gefällig sein, ohne daß wir uns für ein anständiges oder liebesreiches Leben glatt entziehen.“

„Ja, mein Kind, sprechen Sie bloß einmal wie Virgynie, die vom Fumeron: „Ich, ich will von der Gasse leben.“ Seien Sie überzeugt, daß der Rinnstein mit den Dieben und Mördern für Sie, die allzu gläubigen Dienstmädchen, vom ersten Schritt der Emanzipation an die große Gefahr ist. Sie brauchen den Rat der Erfahrung.“

In diesem Augenblick rief jemand im Gang nach Frau Coqueho, um ihre berühmten Pillen zur Verhinderung der Schwangerschaft zu kaufen. Sie nahm mit den Worten Abschied: „Ueber acht Tage, meine Buttkchen! Denken Sie gut über meine Worte der Moral nach.“

IX.

Die nächste Woche ließ Sulette, die eine Freundin ergötzlicher Gesichter war, Frau Coqueho nicht erst zu üblicher Anpreisung

kommen. Sie wollte ja gleich Näheres über Virgynie, die vom Fumeron, erfahren.

Frau Coqueho sehte sich, blickte in die Tasche, schloß sie wieder und fing an ihr Herz mit der Raschheit und geheimen Genugtuung einer Mama auszuschütten, welche die Kuppelien ihres Taugenichtses von Sohn erzählt.

„Virgynie — es gibt kein größeres Phänomen als dieses Mädchen. Uebrigens sieht sie wie eine Zigeunerin aus. Den Charakter zu erklären, kann ich nichts Besseres tun, als ihre Ansichten wiederzugeben. Hören Sie, was sie einer Patronatsdame, die ich begleitete, antwortete. Sie ist ihr bis ins Weinrestaurant gefolgt, um den Vorschlag einer sittlichen Erneuerung zu machen.“

„Danke sehr für Ihre Arbeit. Ich bin Dienstmädchen von meinem sechzehnten bis achtzehnten Jahre gewesen, war ausgehungert, schief angesehen, wie eine Gefangene gehalten. Muß bemerken, daß ich die erste Stelle in meinem Heimatsort hatte. Aber als ich von andern Dienstmädchen hörte, daß man in Paris vom Vergnügen leben könnte — oder vom Laster, wie Sie wollen —, bin ich schnell auf die Straße gefahren, zu sehen, wie das gemacht wird — und von heute zu morgen habe ich mich vor allem, trotz der Unannehmlichkeiten, die mir meine Unschuld verurteilte, hingegeben. Mein erster Liebhaber dachte, ich wäre krank, ja er hat sich für angeführt gehalten. Das Leben ist doch gut! Die Keuschheit ist eine Krankheit! Aber schließlich, welche Erleichterung für mich, auf der Straße zu sein! Denn am Ende bin ich weniger bedauert und enteert worden als vorher! Wenn ein Dienstmädchen allen Schmutz der Herrschaft wegräumt, ihren Staub einatmet und hinunterfchluckt, ist das eine laubere Sache? Wenn sie einem Wink des Fingers oder des Blickes unter dem Druck der Unverfrorenheit gehorcht, ist das ehrenvoll? Wie? Ich fühle mich auf meinem Trottoir sehr wohl. Lassen Sie mich dort, wenn Sie mir keine angenehme, geschickte und gutbezahlte Arbeit zu bieten haben.“

Frau Coqueho lächelte zustimmend und zugleich mißbilligend.

„Ich gebe der Virgynie nicht recht und werde niemand veranlassen, sie nachzuahmen, nach vollends die vornehme Galanterie bei hohem Tarif zu versuchen, das ist zu gewagt. Nein, nein! Man muß der Wahrheit die Ehre geben: Virgynie ist eine Ausnahme, und ihre Lebensweise würde nicht einer jeden passen. Und außerdem hatte sie das Glück, gerade an einen ruhigen Mann, ein Fumeron, gekommen zu sein; der besitzt reizende Eltern, so daß sie wie verheiratet ist und wie zur Familie gehört — einige dunkle Punkte abgerechnet. Sie sehen, der Fall ist in jeder Beziehung eine Ausnahme.“

Beim Hören des Namens Fumeron kam eine Kameradin Sulettes, die im Hemd auf dem Gang herumspazierte (es war sechzehn Uhr abends), rasch über die Schwelle der offenen Kammer und tief begierig:

„Ach, ich komme ein bißchen herein, wenn Sie von Virgynie sprechen.“

(Fortsetzung folgt.)

Walfang u. Seid- und Silber-Druck.
 Gelbte, einz. Färbere.
Willi Westfeling
 7878
 32 Holtenauerstr. 32

Streichf. Oelfarben
Dachteer
Holzteer
Karbolineum
Diana-Drogerie,
Glandorpstr. 1.
 Tel. 8644. (7402)

Brillanten
 große Objekte,
 Gold-, Silber-,
 Platin-
 alte Gebisse
 kauft ständig
Frick,
Huxstr. 63.

Visitenkarten
 fertigt an die
Buchdruckerei von
Friedr. Meyer & Co.

Alt-Eisen, alte Maschinen
 Dampf- u. Schmiedeeisen,
 Späne, Schmelz,
 Gussbruch.
Alt-Metalle,
 Kupfer,
 Messing, Zinn,
 Blei, Stanniol,
 Späne

L. Lissianski,
 Kanalstr. 21 **Obertrave 19.**
 Großhandel. Fernspr. 876. Großhandel.

Beitragsmarken
 für Vereine und
 Gewerkschaften

fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co

Zentrale für private Fürsorge.
 Abteilung Altershilfe.

Pentner und Rentnerinnen für unsere Sammel-
 tätigkeit gesucht. Zu melden Johannisstraße 49,
 Fernruf 8744. Zimmer 8, morgens zwischen
 10 und 12 Uhr. (7400)

Meine Fernsprechanträge sind jetzt:
3788-3790.
Prost & Co., Bankgeschäft,
 Breite Straße 65, I. (7885)

**Lübeckisches Sinfonie- und
 Stadttheater-Orchester.**

Freitag, 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Erstes Volksstämmliches Konzert
 im Gewerkschaftshaus.

Leitung: Kapellmeister **Karl Mannstaedt.**
 Eintritt einschl. Programm 15 Millionen Mk.
 Vorverkauf bei Buse, Breite Str., Borchert,
 Breite Str. 65, Barnkrow, Häxterdamm, Wa-
 renabgabestellen des Konsumvereins und
 im Gewerkschaftshaus. (7881)

Sämtliche Sorten
FELLE
 und Haare
 kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner,
 Tel. 3414
 Dankwartstraße 26.
 Holtenauerstr. 8. (7846)

**Deutscher
 Holzarbeiter-
 Verband.**
 Verwaltungsstelle Lübeck (7405)

**General-
 Versammlung**
 am Donnerstag, 11. Okt.
 abends 7 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 3.
 Vierteljahr 1923.
 2. Bezirksverhandlung.
 3. Stellungnahme zum
 Lokalbeitrag.
 4. Verschiedenes.
 Die Ortsverwaltung.

Ublershorst. (7873)
 Donnerstag: **Ball.**

**Verband der
 Gemeinde- und
 Staatsarbeiter.**
 Filiale Lübeck. (7899)

**Betriebsräte
 heute**
 abend 7 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.
 (Zimmer 5.)
 Der Vorstand.

Trocadero.
 Schlüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr
 nachmittags:
**Stimmungs-
 Konzerte.** (7877)

Hansa-Theater.
 Täglich 7 1/2 Uhr abends
 Lachen über Lachen.
 Der durchschlagende
 Erfolg
**Der Fürst
 von Pappenheim.**
 Operette in 3 Akten
 von Hugo Strich.
 In Vorbereitung:
 „Die Försterchristi.“

Stadttheater Lübeck.
 Donnerstag, 7.80 Uhr:
Così fan tutte.
 Freitag, 7.80 Uhr: (7886)
Starras halbes Herz
 Ausgabe der Ab-Kar-
 ten für die Volkst. Kon-
 zerte und Niederdeutschen
 Bühne **Donnerstag**
 nachm. von 3 bis 6 Uhr
 an der Theaterkasse.

Bei Einkäufen geht man nur zu den Inferenten unserer Zeitung!

Hedermans
 Täglich 8 Uhr:
 Sensationelle Vorstellung
 und Tanz.

Starke Café u. Konditorei
 Königstr. 25
 Täglich: **Künstler-Konzert!**

Spanelli
 die beste Milch-Schokolade

August Haerber & Co.
 Damen- und Herren-Bekleidung
Sandstraße 1.

Alexander Krotz
 Königstraße 47
 Spezial-Geschäft für feine Lederwaren,
 Reifetoffer, Reise- und Damentaschen
 in reicher Auswahl.

Reserviert für
S. Mecklenburg & Co.
 Papiergroßhandlung

Christian Gräeff
 Mengstraße 36 * Telefon 8230
 Generalvertreter der
 „Dema“-Margarine-Werke
 Spandau-Halle 10/11

Gebr. Siegfried
 Spezialhaus für Damen- und Kinder-Konfektion
 Breite Str. 39-41 Fernruf 106.

Nordische Käsefabrik
 Bernhard Horstmann A.-G.
 Lindenstr. 20-22 Fernspr. 8178

Spezialität: Weichkäse

Grütmühle Carl Moll, Lübeck
 Telefon 334 und 350 - Alsterdeiche 127-4

Futter für Vögel: * Getreidemehle für junge Schwärmer
 Spezialreines Schrot aus Mägen * Unverfälscht
 von Getreide in Säcken, Fässern usw.

HERMANN BLUNCK G. m. b. H.
L Ü B E C K
 Mühlenstrasse Nr. 34
 Lager: Bei der Gasanstalt
 Fernsprecher Nr. 8670 u. 8376

Kohlen * Koks * Briketts

Café Stammer
 Konditorei - Café
 Lindenstraße 1b

„Bad-Pulver“
 von Julius Böttcher, Lübeck
 ist Friedensware!
 Man achte auf den Preisunterschied.

Gebr. Röchling G. m. b. H.
 Kohlen * Koks * Briketts
 Böhmisches Braunkohlen, Holz und Torf

Hauptkontor: Schlüsselbuden 16 * Lager: Kanalstraße 3-5 * Fernspr. 3437, 3438

Welche Firmen müssen unsere Leser kennen?
 (A.) Geschäftliche Rundschau und Dauer-Fahrplan. (Musterschutz.)

Abfahrt der Züge von Lübeck nach
Hamburg: 558, 747, 943 D, 1100, 126, 344, 417, 722, 820 D, 930 S, 935.
Travemünde-Niendorf: 527 W, 800, 207, 658.
Eutin: 714, 1208, 142 D, 200, 725.
Büchen: 500, 800, 130, 418 D, 600. — **Segeberg:** 130 W, 210 S, 730.
Kleinen: 720, 937 D, 1202, 524, 753, 925. (Ohne Gewähr. — Musterschutz.)

HAGEN & CO, LÜBECK
 Untertrave 44-45 * Fernsprecher 2342 u. 8264

„Kosmos“-Maschinenöle. „Lubrovahlia“-Zylinderöle. Maschinenfette.
 Techn. Bedarfsartikel = Treibriemen in Ia. Kernleder, Balata, Kameelhaar, Baumwolle usw.
 Schiffsausrüstungen für Deck und Maschine. Größtes Lager am Platze.
 Prompte Lieferung. Fabrik Hamburg. Gegründet 1853.

Kohlen-Jhrke

**Was kauft der Arbeiter Lübeck's
 seine Lebensmittel?**
 In der Feinkosthandlung
Paul Burmeister jun.
 Hauptgeschäft: **Holtenauerstr. 24.** Fernsprecher 3763.
 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Café Köpff
 Vornehmstes Familien-Café
 Lübeck. Breite Str. 89.

Dampfbäckerei „Hansa“
 L Ü B E C K
 J. C. D. Junge & Co.
 Verkaufsstellen überall!

J. HÖPPNER
 Groß-Desillation
 Weinhandlung * Likörfabrik
 Lübeck, Beckergrube 66
 Fernsprecher 2247.

Central-Meierei Inh. Otto Struve
 i. G. Lohberg 9
 Telephon 1837.

Nur gute
 Schuhe
 Schuhwarenhaus
Auguste POPP
 find
 billig!

LUDWIG ZANDER
 GOLDSCHMIED
 Marlesgrube 3 * Fernspr. 8700.

B. Glogner & Co.
 Kanalstraße 32-34
**Stahl, Eisen, Metalle,
 Schrott.**

An- u. Verkauf von Herren- u. Damen-
 kleidern, Schuhen usw.
HERM. FRIEDER, Depenau 41.

F. Lissianski
 Eisen * Metalle * Rohprodukte
 Kanalstraße 21
 Telefon 8760.
Obertrave 16
 Telefon 876.

An- u. Verkauf von Herren- u. Damen-
 Garderoben, Fußzeug,
 Fahrtröbern usw. **Karnapp, Krähnenstraße 34.**

Possehl's Kohlenhandel
 Abteilung-Beckergrube * Abteilung Mühlenstr. 62
 Fernspr. 8330-8333. Fernspr. 8720-8723.
Koks * Kohlen * Briketts
 Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.
 Nebenstelle Holtenauerbrücke = Fernspr. 8330.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 10. Oktober.

Die Mutter schläft.

Die Mutter ist eingeschlafen.
Seid still, seid still!
Kinder müssen ganz ruhig sein,
wenn die Mutter schlafen will.

Sie wäscht dich und wickelt dir die Hoschen,
Bub, wenn sie wacht;
das ist keine schöne Arbeit,
doch die Mutter lacht.

Und dir, Mädchen, näht sie Sonntagskleider
und knüpft dir Schleifen ins Haar
und singt, froh, weil sie einmal selber
so ein kleines Mädel war.

Oft wenn längst wir ruh'n,
brennt in der Stube noch Licht.
Unsre Mutter hat so viel zu tun.
Wir könnten das nicht.

Nun ist sie müde geworden.
Seid still, ganz still.
Wir müssen ganz ruhig sein,
wenn die Mutter schlafen will.

Karl H. Meyer.

Das Lübeckische Sinfonie- und Stadttheater-Orchester eröffnet am Freitag, dem 12. Oktober, wieder die beliebten volkstümlichen Konzerte im Gewerkschaftshaus. Unter Leitung seines ersten Kapellmeisters Karl Mannsbaedt wird das Orchester die 5. Sinfonie von Beethoven spielen. Im zweiten Teil des Programms folgen Kompositionen unserer Klassiker, während der letzte Teil mehr der heiteren Muse zuneigt. Bei der Worttreue des gebotenen Programms steht zu erwarten, daß zahlreiche Zuhörer sich einfinden werden, um sich ein paar genussreiche Stunden zu verschaffen.

Lübecker Indeziffern. In der gestern veröffentlichten Wochenübersicht hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Die Preisermittlung wurde am 8. Oktober vorgenommen und nicht am 1., wie irrtümlich gedruckt wurde.

Gegen die Mißstände in der Milchverwertung wurden umfassende Anordnungen getroffen. Sie verbieten unter anderem den Landwirten jede über den dringenden Eigenbedarf hinausgehende Verarbeitung und Verfüllung von Milch, sehen die Wegnahme von Buttermaschinen vor und belegen säumige Landwirte mit erheblichen Abgaben. Der Verkauf von Milchzeugnissen wird von der Genehmigung der Landesstellen abhängig gemacht. — Ach so, wir müssen bemerken, daß diese Maßnahmen in Bayern erlassen wurden. Gegen das Bucher- und Schieberum ist in besonders schweren Fällen die Todesstrafe angedroht. Die Maßnahmen sind zwar sehr angebracht aber wir hegen wenig Hoffnung, daß die bayrischen Mächtigen ernstlich durchgreifen werden. Es ist ihnen mehr um Popularität zu tun, als die Bauern zu fassen. Es ist ja Fleisch von ihrem Fleisch.

Die Arbeiterfrau und die Presse.

Die Hungerrangung unseres Geistes wird zur Hungerrangung in diesen Tagen. Die Preise der Bücher und Zeitungen steigen in fieberhaftem Tempo. Leider ist die Frau am ehesten geneigt, die Zeitung aufzugeben. Sie guckt mal bei der Nachbarin hinein. In der Regel las sie den wichtigsten Teil — Politik und Wirtschaft — nicht so, wie ihn der Mann als Mitglied der Partei oder als Gewerkschaftler las, und sie glaubt darum auch eher, auf ihr Blatt verzichten zu können. Viele Frauen begreifen nicht, daß auch im öffentlichen Leben „gerüstet sein“ alles bedeutet. Die Zeiten sind schwankend wie nie, die Republik ist noch nicht gefestigt. Was wäre aus dem Proletariat, der Arbeiterbewegung, ohne eigene Presse geworden? Wo würden die Massen aufzukommen? Vielleicht sind aber die gegenwärtigen Tage politisch ernster als vor zehn Jahren. Jetzt heißt es: das Errungene festhalten; dazu gehört Zusammenhalt, klarer Blick, Kenntnis der Verhältnisse.

Man muß sich doch auch überlegen, wenn man ungehalten werden will über den „hohen“ Zeitungspreis, daß viele weniger wichtige Dinge ganz anders im Preise in die Höhe schmelzen. Gemiß ist es bedauerlich, daß wir die Zeitungspreise hinaufsetzen müssen, aber es geschieht nur, um am Leben zu bleiben. Und wir wollen am Leben bleiben, um des Lebens der Partei, der Arbeiterbewegung, des Fortschritts wegen. Wenn unsere Partei stirbt, sterben auch alle Arbeiterorganisationen, und über ihrem Grab erhebt wieder das alte Staatsregime in harter Form als je. Das wenigstens müßte man aus der Geschichte gelernt haben.

Man kann sich doch unmöglich auf das beschränkte wässern, was an den Anschlagtafeln steht, was die Milchfrau erzählt. Wer die Welt verstehen will, muß wissen, was in ihr vorgeht. Die Zeitung ist unsterblich der wichtigste Träger der modernen Entwicklung; sie ist der stärkste Hebel menschlicher Arbeit, sie bewegt und von ihr bewegt. Das ist auch der Genossin beizugeben, wenn sie ohne Vorzwingenommenheit überlegt.

Nähen Prügel in der Schule?

In einer zahlreich besuchten Versammlung von Lehrern und Lehrerinnen aller Schulstufen Thüringens, die in der Gewerkschaft Deutscher Volksschüler und Volksschülerinnen organisiert sind, wurde am 31. Oktober im Volkshaus zu Weimar folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die körperliche Züchtigung ist kein Erziehungsmittel, d. h. keine Hilfe der Älteren für die Jüngeren, sondern ein Machtmittel. Als „äußerstes Machtmittel“ hat sie auch der Thüringer Lehrerverein in seiner Erklärung an das Thür. Volksbildungsministerium bezeichnet. Die Behauptung des Thür. Lehrervereins in einer offiziellen Rundgebung, daß der Lehrer, der dieses Machtmittel nicht mehr besitzt, „von der Verantwortung für das Verhalten der Schulkinder entbunden werden müßte“, belagt jedoch nicht, daß die verantwortliche Tätigkeit unseres Berufes, womit seine Verantwortung steht und fällt, dieses erbärmliche Machtmittel sei. Das ist eine so ungeheure Herabsetzung des Lehrers- und Erziehungsberufes, daß die Mehrheit der Thüringer Lehrer hierüber nicht einverstanden sein kann. Vielmehr kann eine solche

Neuerung nur der Versuch von Interessenten sein, die Lehrerschaft gegen Fortschritte im Schulwesen überhaupt einzunehmen. Aus den Eltern weist die Veröffentlichung des Thür. Lehrervereins die gleiche unwürdige Rolle zu. Es gäbe „keine Frage, welche so sehr in die wichtigsten Interessen der Eltern eingreift.“ Aber gerade die verantwortungsbewußten Eltern wissen, daß Schläge zwar das augenblicklich bequemste und wirksamste, auf die Dauer aber das dümmste und verderblichste Erziehungsmittel sind. Diese Eltern kennen auch die Größe der Verletzung gerade in unseren schweren Zeiten, die Ueberlastung der eigenen Nerven auf schwächere abzuladen. Auch das wissen die Eltern, daß der Lehrer mit den vielen Kindern nicht in der Lage ist, einen Mißgriff beim einzelnen wieder gut zu machen oder auch nur die Folgen zu beobachten, wie das in der Familie möglich ist. Aus allen diesen Gründen ist es selbstverständlich, daß das Urteil einer verantwortungsbewußten Elternschaft nur gegen die Prügelstrafe der Schule ausfallen kann.

Es ist sehr merkwürdig, daß die Interessenten des Schlagens in seiner Befestigung eine „Parteilinie“ finden. Sie scheinen völlig unwissend darüber zu sein, daß seit dem tapferen deutschen Ritter Walter von der Vogelweide vor 700 Jahren die Bewegung gegen die körperliche Züchtigung immer mehr zunahm. Fürstlichkeiten allerdings, die gelegentlich auf ihre Landeskinder, militärische Vorposten alter Zeit, die auf ihre Rekruten einflugen und ähnliche soziale Erscheinungen, die waren parteimäßige Interessenten für Prügeln auch in der Schule, wie an jeder Erziehung zur Rechtfertigung überhaupt. Die Folgen der körperlichen Züchtigung sind Oberflächlichkeit und Rohheit bei dem, der sie ausübt, und Feigheit und Hinterhältigkeit bei dem, den sie trifft. Das weiß nachgerade jeder Tierhalter, und gerade die überlegenden und ihrer Autorität sicheren Eltern und Lehrer billigen deshalb einen grundsätzlichen, d. h. gesetzlichen Verzicht auf die körperliche Züchtigung, wenigstens in der Schule.“

Warum mußt du gerade jetzt dem Lübecker Volksboten treu bleiben?

Weil er, als geistige Nahrung genommen, trotz Geldentwertung immerhin noch billig ist.

Weil du verschiedene Bedürfnisse des täglichen Lebens auf ein Mindestmaß herabstrauen kannst, nicht aber das Bedürfnis, über alle Vorgänge unserer bewegten Zeit täglich unterrichtet zu sein.

Weil du von der großen Politik und von den großen Wirtschaftfragen, die wie noch nie bisher dein Dasein beeinflussen, ohne Zeitung nichts erfährst.

Weil du dich in deiner sozialistischen Presse über all diese politischen und wirtschaftlichen Fragen vom Standpunkte sozialistischer Weltanschauung unterrichten mußt.

Weil du nicht jede dich interessierende Veranstaltung besuchen kannst. Dich aber über das Willenswerte durch deine Zeitung unterrichten mußt, willst du geistig nicht „auf den Hund“ kommen.

Weil du all die fortgeschrittenen Preiserhöhungen (Lebensmittel, Kleidung, Licht, Heizung, Post, Eisenbahn usw.) nur durch deine Zeitung erfährst und du durch Zeitunglesen und rechtzeitiges Handeln unter Umständen vor großen Geldnachteilen bewahrt bleibst.

Weil du ohne Zeitungspapier nicht acht Tage sein kannst (frage die Hausfrau!).

Weil du gerade jetzt, in der besonders für die Arbeiterpresse zu schweren Zeit, deiner Zeitung, die stets für deine Interessen eintritt, Opfer bringen mußt, wenn du nicht willst, daß diese wichtigste Waffe im Kampfe um bessere Lebensbedingungen lahmgelegt wird.

Darum wahre auch in dieser schweren Zeit dem Lüb. Volksboten die Treue!

Gaspreis 60 Millionen.

Bei den Einkassierern und an den Verkaufstagen für Guthabe wird sehr häufig die Zahlung in vielen kleinen Scheinen geleistet. Das Nachzahlen dieser kleinen Scheine bei der Einkassierung erschwert den Geschäftsgang ungeheuer. Die Behörde bittet im Interesse einer schnellen Geschäftsabwicklung, daß sie Millionenbeträge auch nur in Millionenheften zahlen. Die Annahmestellen für die kleinen Scheine sind in erster Linie die Reichsbank und auch die übrigen Banken.

Neue Werftarbeiterlöhne.

In der Lohnstreitsache zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband, Bezirksleitung Hamburg, und der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller, Abteilung Gewerkschaften, hat der vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Sonderlichthausauschuß in der Sitzung zu Hamburg am 8. Oktober mit den Parteien verhandelt und folgenden Schiedsspruch abgegeben: Die Spitzenlöhne der gelernten Arbeiter für die Lohnwoche vom 8. bis 14. Oktober erhöhen sich ebenso wie die Sozialzulagen um 17 1/2 Prozent. Hinsichtlich der Errechnung der übrigen Lohnsätze verbleibt es bei der entsprechenden Anwendung der Bestimmungen des Schiedsspruches vom 3. September 1923. Vorstehender Schiedsspruch wurde von der Verhandlungskommission der Arbeitnehmer angenommen.

Frankreich richtig, sonst schädigt du andere! Vom Postamt wird uns geschrieben: Von Tag zu Tag mehren sich die Fälle, in denen bei den Leerungen der Straßen- und Posthausbriefkästen nicht freigemachte Briefe und Postkarten vorgefunden werden, an die Geldheime in voller oder annähernder Höhe der entsprechenden Postgebühren mittels Metallklammern, Stednadeln, Drahtstiften usw. befestigt sind. Solange diese Vorkommnisse vereinzelte waren, ist davon abgesehen worden, die Sendungen bezugs vorrichtsmäßiger Freimachung den Absendern, wenn sie ersichtlich waren, zurückzugeben. Sie sind vielmehr auf dem Postamt nachträglich mit den entsprechenden Postwertzeichen beklebt worden. Da diese Uebung des Publikums jedoch einen immer größeren Umfang angenommen hat und mit der ungestörten Abwicklung des Briefsortierungsgeschäfts nicht länger vereinbar ist, müssen derartige Sendungen künftig als unfrankiert behandelt werden. Den Empfängern werden dadurch nicht unerhebliche Ausgaben an Nachgebühren entstehen, jedoch bei einer großen Anzahl dieser Sendungen mit einer Annahmeverweigerung zu rechnen ist. Derzeitweise aufgetretene Mangel an Postwertzeichen ist im allgemeinen behoben.

Die Kartoffelernte. Die letzten Berichte über den Stand und die Entwicklung der Feldfrüchte im Jahre 1923 ergeben, daß

das Septemberwetter für die Hackfrüchte, Kohlrarten usw. nicht ungünstig war. Trotzdem die regnerische kalte Mai- und Juniwetterung den Früchten nicht günstig gewesen ist, kann doch mit einer guten Mittelernte gerechnet werden, die ungefähr der Ernte im Jahre 1921 entspricht.

Erhöhung der Telegramm- und Fernspreckgebühren. Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung erhöht ab 12. Oktober erneut die Telegraphen- und Fernspreckgebühren. Gewöhnliche Telegramme des Fernverkehrs kosten 16 Millionen Grund- und 8 Millionen Mark Wortgebühren, Ortsgespräche 10 Millionen Mark. Die anderen Gebührentypen erhöhen sich entsprechend.

Die Alten.

In die Elektrische steigt ein altes Mütterchen, gibt dem Schaffner — ein wenig zaghaft, vielleicht hat sie Kelpet vor einer achtstelligen Zahl — einen Zehn-Millionen-Schein. Der Schaffner nickt mit grobhartiger Gelassenheit den Schein in seine Ledertasche — man denke: zehn Millionen! — dann fängt er an zu zählen: zwei, drei, vier usw. Und nun zeigt es sich, welch heimliche Tücke in solch einem Schein liegt: er hat sich unheimlich vermehrt, auf dem Schoße der Alten türmt sich ein Haufen Papier, fünfzig, Hundert, Zwanzigtausender. Die alte Frau schaut hilflos auf den bunten Papierreichtum und hält in der abgemagerten Hand ein kleines Portemonnaie, wie es früher, ganz früher Kinder und junge Mädchen trugen. Ein paar Silbermark hatten wohl darinnen Platz. Die winzige Geldbörse war offenbar hoch in Ehren gehalten. Häufig war sie ausgebeutert und geklickt.

„Na, Mutter, mit solch einem Portemonnaie können Sie heute nichts mehr anfangen. Sie müssen sich eine große Geldscheintasche anschaffen, möglichst einen kleinen Koffer.“

„Ja, ja ich dachte bloß immer, du wartest noch ein Weilchen, dann kommt vielleicht das richtige Geld wieder.“

Ein Weilchen? „Wir werdens schon noch erleben,“ sagt die Alte mit froher Bestimmtheit. „Dann kann ich mein altes Portemonnaie schön gebrauchen.“

Eigentlich hätten sie darüber nicht lachen dürfen, denn es sprach doch Lebensmut aus der alten Frau. Junge, gesunde und kräftige Menschen reden dagegen immer von Untergang, Kaputtgehen und Sterben. Und denken dabei immer nur an die anderen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Aktion, Arbeiterjugend! Wichtige Funktionärskonferenz morgen Donnerstag 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Pünktlich erscheinen!

Sozialdemokratischer Verein. Vorstand und Ausschuß (einschließlich Bezirksführer) Freitag, 12. Oktober, 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Neugierst wichtige Tagesordnung.

Sozialdemokratischer Verein Travemünde. Donnerstag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr im Kolosseum wichtige Mitgliederversammlung.

Sozialdemokratischer Verein. 9. Distrikt. Donnerstag, den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr bei Pasko, Schwartauer Allee, wichtige Versammlung. Redner Gen. Weiß. Der Distriktsführer: S. Puls. (7390)

11. Distrikt. Donnerstag, den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im Polierkrug, Schwartauer Allee, wichtige Versammlung. Redner Gen. Wolfradt. Der Distriktsführer: R. Raab.

Stadttheater. Im Donnerstag-Ab. wird Mozarts „Così fan tutte“ zum ersten Male wiederholt. Freitag findet die Erstaufführung von „Aclarissas halbes Herz“ von Max Brod statt.

Hanatheater. Die Aufführungen der Operette „Der Fürst von Pappenheim“ mit Willi Raven als Fürst v. Pappenheim, Reinhold Wolf als Baron Katschhoff, Henry Dahl als Fürst Ottokar finden auch weiterhin allgemeinen Beifall. Wer sich recht erheitern will, besuche das Hanatheater.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Für die Einheit des proletarischen Kampfes. Als Ergebnis der am Montag stattgefundenen Verhandlung, die von Vertretern der unterzeichneten Organisationen besetzt war, wird dem „Echo“ folgende Rundgebung an die Arbeiter, Fraktionellen und Beamten Groß-Hamburgs mitgeteilt: Unter dem Vorsitz des Ortsausschusses Groß-Hamburgs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben die politischen Arbeiterparteien sich bereit erklärt, unter Wahrung ihrer grundsätzlichen parteipolitischen Auffassung ihre Meinungsverschiedenheiten in Wort und Schrift schlicht und unter Vorfall jeder nur dem Gegner der Arbeiterklasse nützenden Geschäftigkeit auszutragen, um damit den Weg einer Verständigung für die Einheit in der Förderung der politischen und wirtschaftlichen Interessen des großhamburgischen Proletariats freizumachen. Aus gleichem Grunde sollen die gewerkschaftlichen Veranstaltungen von der unsachlichen Austragung parteipolitischer Gegenstände freigehalten werden. Grundsätzlich haben sich die drei politischen Parteien bereit erklärt, unter dem Vorsitz des Ortsausschusses in weitere Verhandlungen einzutreten und diese auf Grundlage einer vom Ortsausschuss aufzustellenden wirtschaftlichen und politischen Plattform, die eine örtliche Gemeinschaftsarbeit gewährleistet, zu führen. Die Mitglieder der unterzeichneten Körperschaften werden mit allem Nachdruck aufgefordert, in den Betrieben, Werkstätten und Bureaus für die wirtschaftlichen und politischen Organisationen sowie für die Ausbreitung der Arbeiterpresse Sorge zu tragen. Vereinigte Sozialdemokratische Partei Hamburg-Altona-Wandsbek, Kommunistische Partei Deutschlands, Groß-Hamburg, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Groß-Hamburg, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Groß-Hamburg, Vollzugsrat der Betriebsräte Groß-Hamburg. — Eine Funktionärerversammlung der SPD. hat das Verhalten der Vertreter der SPD. gebilligt, sie aber gleichzeitig beauftragt, bei den Verhandlungen am kommenden Freitag auf eine wirklich aktionsfähige proletarische Einheitsfront zu drängen.

Kiel. Beurteilter rechtsradikaler Erbschaftsneider. Gegen Ende November 1922 wurde in den bürgerlichen Blättern Hamburgs und der Provinz Schleswig-Holstein auf Grund eines Artikels des „Manchester Guardian“ die Nachricht verbreitet, daß auf dem englischen Buttermarkt die billige deutsche Butter in erfolgreiche Konkurrenz mit englischen und dänischen Erzeugnissen getreten sei. Schleswig-Holstein, besonders Kiel, wurde als Lieferungsquelle für England bezeichnet. Da Schleswig-Holstein Produktionsgebiet für den Hamburger Butterbedarf ist, wurde an die schleswig-holsteinischen Meiereiverbände, deren Geschäftsführer der Kaufmann Paul Bartels, Kiel, ist, und an den Aufsichtsrat der Meiereiverbände, in dem der Oberpräsident, Genosse Kürbis, sitzt, das Ersuchen gerichtet, für schnelle Aufklärung zu sorgen. Die Aufklärung wurde sofort gegeben. Es wurde festgestellt, daß mit der im „Manchester Guardian“ be-

geleiteten sogenannten „Kiel-Butter“ keine schleswig-holsteinische Butter gemeint sei. In Frage käme lediglich eine minder gute Qualität dänischer Butter, die im englischen Geschäftsleben schon aus den Jahren von 1864 als „Kiel-Butter“ bezeichnet werde. Sämtliche Zeitungen, die die Sensationsnachricht hatten, laien aus dem ihnen angebotenen Aufstande heraus ihre Pflicht und stellten die von ihnen gebrachte Nachricht umgehend richtig. Herr C. F. Holz, Verleger des „Friederics“, der im Juli 1922, als ihm nach dem Rathenau-Morde in Hamburg der Boden unter den Füßen zu heizig wurde, sein zur Unterwühlung der deutschen Republik gegründetes Unternehmen nach München verlegte, hat sich über die Sensationsnachricht heißungstriebig her und besetzte sich mit ihr referierend in der 2. Dezemberausgabe des „Friederics“. Holz begnügte sich nun nicht mit der Wiedergabe der Nachricht, sondern benutzte die Gelegenheit, dem Sozialdemokratischen Oberpräsidenten etwas anzuhängen. Auf sämtliche Verleumdungen einzugehen, die Holz zu viel Ehre erwießen. Es genügt der Hinweis, daß Holz nicht mehr und nicht weniger behauptete, Genosse Kürbis mißbrauche das ihm übertragene Amt als Oberpräsident zu seinem eigenen Vorteil und durch, daß er Butter nach England verschicke beziehungsweise verschicken lasse und dafür die schleswig-holsteinische Bevölkerung darben lasse. Trotzdem beim Erscheinen der besagten Nr. 12 im „Friederics“ der wahre Sachverhalt bereits bekannt war und auch Holz sich dem Holz belohnt sein mußte, brachte Holz den Druckfehler. Selbst später fand Holz es nicht für angebracht, von sich aus eine Richtigstellung zu bringen. Sowohl der Genosse Kürbis als auch der Kaufmann Variels gingen auf dem Wege der Privatklage gegen Holz vor. Am 6. Oktober 1923 fand vor dem Kieler Schöffengericht die Hauptverhandlung statt. Weder Holz noch seine verantwortliche Redakteurin Bajel waren erschienen. Selbst für einen Verteidiger hatten der Holz und die Heldin nicht gesorgt. Rechtsanwältin Genosse Seitel vertrat die journalistische Lätia-Heldin und den journalistischen Anwalt des Herrn Holz in das richtige Licht zu setzen. Er beantragte, Holz, den er als einen Menschen beschrieb, der mit seiner Substanz unzureichende Verurteilung erdulden muß, jedoch im Hintergrunde kalte, mildernde Umstände zu verlegen und ihn zu einer empfindlichen Freiheitsstrafe zu verurteilen. Das Gericht legte folgende Strafen fest: Gegen Holz 14 Tage Gefängnis, gegen die Bajel 10 Millionen Mark Geldstrafe, gegebenenfalls 5 Tage Gefängnis. Gegen Seitel: Freispruch der Kosten, Veröffentlichung der erwähnten Taten auf Kosten der Verantwortlichen im „Friederics“, in der „Kieler Menschen Nachrichten“, in der „Kieler Zeitung“ und in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“. Herr Holz wird es besser er ihn in Nummer „Sicher“ begünstigt, werden das Urteil beschleunigen einzulegen. Hoffentlich beschleunigen die Privatkläger denselben Weg, denn wir sind der Ansicht, daß Herr Holz sehr milde bestraft worden ist.

Gewerkschaften.

Wo ist die Volksgemeinschaft?

In ihrem Jahresbericht, wie in allen sonstigen Veröffentlichungen bemüht sich die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände mit Vorliebe auf den Gedanken der Volksgemeinschaft, den diese Organisationsform der Unternehmer ange-

lich zum Leitfaden ihres Handelns macht. Diese „Volksgemeinschaft“ wurde immer wieder während des Ruhrkrieges vorgeführt. In allen Tönen klang das Hohelied von der Volksgemeinschaft, die Arbeiter und Unternehmer, Gewerkschaften und Unternehmerverbände umschlingt, zur Beseitigung der „deutschen Freiheit“.

Wie steht es heute damit — nach Beendigung des Ruhrkrieges? Sind die Herren von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit einem Male frohlicher geworden? Und wie paßt es zur Volksgemeinschaft, daß man die beschlossenen Richtlinien über Lohnverhandlungen, nachdem sie kaum beschlossene waren, einfach als nicht existierend behandelt?

Als die Kampagne um die wertbeständigen Löhne einsetzte, da verschickte die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ein Rundschreiben nach dem anderen an seine angeschlossenen Organisationen, um diese scharf zu machen, auf keinen Fall Tarifverträge auf werbeständiger Grundlage abzuschließen. Der „Vorwärts“ ist in der Lage, diese Rundschreiben zu veröffentlichen. Ist die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände imstande, ein einziges Rundschreiben zu veröffentlichen, in dem die Durchführung der Richtlinien empfohlen wird?

Die Volksgemeinschaft ist von den Unternehmern jetzt, nach der Beendigung des Ruhrkrieges, einfach als überflüssiger Ballast über Bord geworfen. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände darf nicht überzählig sein, wenn sich die Arbeiter dieses Wortbruches erinnern. Noch ist nicht aller Tage Abend.

Nichts charakterisiert aber deutlicher die Heuchelei von der Volksgemeinschaft als der Versuch der Ruhrindustriellen, mit Hilfe des französischen Militarismus, zu dessen Bekämpfung sie die Arbeiterschaft aufgerufen haben, dieselbe Arbeiterschaft zu entkrafen. Haben die Stimmes Rädner und Genossen an die Volksgemeinschaft gedacht, als sie zu General Degoutte gingen?

Als auf Wunsch der Reichsregierung die Vertreter der Ruhrarbeiter — genau wie die Vertreter der Unternehmer — nach Berlin kamen, um über die Aufgabe des passiven Widerstandes zu verhandeln, da wurde in der Stimmes- und Hugenberg-Presse eine niederrichtige Hege gegen die Gewerkschaftsvertreter veranstaltet, die mit Erlaubnis der französischen Besatzungsbehörden nach Berlin gefahren seien. Diese Berliner Reise wurde als eine Art Vaterlandsverrat hingestellt. Wie aber soll man die Fahrt zu Degoutte bezeichnen?

Weil die Ruhrunternehmer jetzt zahlen sollen, ist ihnen der französische Militarismus willkommen, um mit dessen Hilfe die deutsche Arbeiterschaft zu entkrafen. Wo ist die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, um gegen diesen Verrat im Namen der von ihr angeblich vertretenen Volksgemeinschaft zu protestieren!

Genossenschaften.

Konsumvereine unterliegen nicht dem Preistreiberecht! Es mehren sich die gerichtlichen Entschiede, die dem Weiden der Konsumgenossenschaft nahekommen oder ihm sogar ganz gerecht werden. Die Warenabgabellen eines Konsumvereins sind dem Weiden nach grundrechtlich von den Verkaufsstellen privater Händler. Der Konsumverein ist die Vereinigung von Verbrau-

chern zum vorteilhaften Warenbezug im großen und zur Abgabe im einzelnen an die Mitglieder. Der Warenbezug wird nur durch Beauftragung der Mitglieder für diese selbst geführt. Das Motiv des Gewinnerstrebens oder des Profitmachens fällt einfach aus, denn die Mitglieder können bei gemeinsamem Warenbezug und bei der Verteilung unter sich an sich selbst weder Gewinn noch Profit machen. Es kann darum auch in einem Konsumverein niemals von einer Preistreibeerei in dem Sinn eines Uebervorteilens anderer gesprochen werden. Niemand kann sich selbst übervorteilen. Aus diesem einfachen Grunde können auch die immer noch üblichen Preistreibeereordnungen für Konsumgenossenschaften keine Gültigkeit haben. Das ist nun mehrfach bereits gerichtsrechtlich festgestellt worden. So u. a. nämlich in Breslau, wo Angestellte eines Konsumvereins beschuldigt worden waren, „die auf den Preisschildern des notwendigen Lebensbedarfs angeführten Preise überschritten sowie die Abgabe der im Kleinhandel üblichen Mengen an die Verbraucher zu den auf Preisschildern angegebenen Preisen gegen Barzahlung verweigert zu haben“. Das Gericht sprach die Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei, indem es sagte: „Nach Ansicht des Gerichts hätten die Konsumvereine nicht die Verpflichtung zur Auszeichnung der Waren und dementsprechend auch zur Abgabe dieser Waren zu den ausgezeichneten Preisen. Die angeblich verletzte Verordnung beziehe sich nur auf das Festhalten von Waren im Kleinhandel. In Konsumvereinen würden aber nur Waren an Mitglieder abgegeben, so daß von einem Festhalten im technischen Sinne nicht gesprochen werden könne. Es war daher Freisprechung geboten.“ Damit ist wiederum festgestellt, daß die Konsumvereine dem Preistreiberecht nicht unterliegen.

Sport.

B. S. Vorwärts 1 — Viktoria 1. Auf der Falkenwiese lieferten sich vorgenannte Vereine ein ziemlich zerrfahrenes Spiel. Infolge eines heftigen Regens war der Boden ziemlich glatt geworden, was naturgemäß auf das Spiel wirkte. Hauptächlich verletzten die Außenstürmer. Resultat: 2 : 0 für Vorwärts. S. N.

M. L. B. 1 — Kühnig 1 : 1 : 2 (0 : 0) hatten sich am Sonntag zu einem Treffen in Kühnig zusammengefunden. Obgleich Kühnig 1 fast dauernd überlegen spielt, konnte kein höheres Resultat erzielt werden. Rechtmäßiger Spielverlauf wäre wohl mit 5 : 0 für Kühnig richtiger. Die Anordnungen des Schiedsrichters schienen nicht immer richtig. — Weiteres Resultate: M. L. B. 2 — Kühnig 2 : 1 : 0 (0 : 0). M. L. B. 4 — Kühnig 3 : 3 : 2 (2 : 0). B. S. Vorwärts 1 — Viktoria 1 : 2 : 0. —

Schreib-Serie der Gruppe Lübeck 1923.

Sonntag, den 14. Oktober.

7392

Spiele	Zeit	Nr.	bauend.	Verein	Gegner	Platz	Schiedsrichter
45	3 1/2 Uhr	I	FSB. I	Kühnig I	Kasernenhof	Saueracker	
46	1 1/2	II	FSB. II	FSB. III	"	Rühlendorf	
47	9	III	FSB. IV	FSB. Lüb. III	"	Kirchner	
48	10 1/2	IV	FSB. I	Stockelsdorf II	"	E. Blagemann	
49	3	V	Stockelsd. I	B. S. Vorw. II	Stockelsd.	Seidel	
50	2	VI	Viktoria II	Kühnig II	Dornbreite	Groth	
51	10	VII	Viktoria III	FSB. Lüb. IV	"	Rapinos	
52	3 1/2	VIII	Moisling I	Viktoria I	Moisling	Müller	

Amthlicher Teil

Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise.

Das Bescheid des Verwaltungsrates vom 27. Sept. werden bereits für Gas, Strom und Wasser einmal in jeder Woche festgesetzt.

Demnach betragen die vom 11. bis 13. Oktober d. M. für den städtischen Verbrauch zur Berechnung kommenden Preise:

- I. 1 cbm Gas Mk. 40 000 000
- II. 1 Kilowattstunde Wechselstrom 120 000 000
- 1 „ Kraftstrom 80 000 000

A. in Lübeck:

- 1. für Hausabgabungswecke Mk. 32 000 000
- 2. für den Wasserverbrauch und jeden anderen Wasserverbrauch Mk. 64 000 000

B. in Travemünde:

- 1. für Wasser nach herabden Räumen monatlich: 32 000 000
- 2. für Wasser ohne Leitungen 16 000 000

Die Zahlfrist beträgt 3 Tage.

Bei Überziehung der Zahlungsfrist von 3 Tagen ist ein Zuschlag zur Rechnung von 3000 Mk. für jede angefallene 100 000 Mk. des Rechnungsbetrages, mindestens aber 120 000 000 Mark zu zahlen.

Gutscheine zu den vorstehenden Preisen und gültig bis 5. Dezember d. J. sind am Donnerstag und Freitag dieser Woche vormittags in allen Verkaufsstellen zu haben.

Städtische Betriebe.

Lübecker Straßenbahn.

Jahresreise ab 11. Oktober 1923:

- a) Einzelschneise: bis zu 2 Zonen 20 Millionen für 8 und 4 Zonen 30 für 5 und mehr Zonen 40

b) Monatskarten:

- bis zu 2 Zonen: 1mal Fahrt 650 Millionen 2mal Fahrt 1600 für 3 u. 4 Zonen: 1mal Fahrt 1250 2mal Fahrt 2400 für 5 u. mehr Zonen: 1mal Fahrt 1650 2mal Fahrt 3200

c) Jugendfahrtscheine: je 10 Millionen Mark.

d) Gepäckkarte und Gunde: 20 Millionen Mk.

Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrtscheine und Fahrkarten für Behörden der Serie 26 sind bis einl. 12. Okt. 23 gültig und hat der Umtausch:

- a) der Jugendfahrtscheine an unjeter Hauptkasse, Mengstraße 26, Zimmer 3, im Büro der Verwaltung, Koedingerstr. 19a oder durch Brief,
- b) der Gepäckkarten an unjeter Hauptkasse, Mengstraße 26, Zimmer 3 gegen Serie 27 zu erfolgen.

Lübeck, den 10. Oktober 1923. (7391)

Städtische Betriebe.

Gewerbliche Anlage.

(Beröffentlichung am 10. Oktober 1923.)

Die Firma A. Caston, Weichener-Fabrik, Kapital- und Schiffsmiede, befindet sich, beabsichtigt:

auf ihrem Kanalstraße Nr. 64—66 belegenen Fabrikgrundstück einen Lufdruckhammer aufzustellen. (§ 16 der Gewerbeordnung.)

Einwendungen gegen das Unternehmen sind binnen 14 Tagen, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei dem unterzeichneten Polizeiamt anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden. (§ 17 der Gewerbeordnung.)

Zeichnungen und Beschreibungen der Anlage liegen im Zimmer 24 des neuen Polizeidienstgebäudes am Dom zur Einsicht aus. (7379)

Lübeck, 6. Okt. 1923. Das Polizeiamt.

Umsatzsteuer im Oktober.

Es wird darauf hingewiesen, daß es für die Umsatzsteuer bei der bisherigen Regelung verbleibt. Die Oktoberabgabebestimmungen für die im September fälligen Entgelte sind hiernach am 10. Oktober fällig. Werden sie nicht binnen einer Woche nach diesem Fälligkeitstermin bezahlt, so wird das Bierfache des Rückstandes für jeden angefallenen halben Monat als Zuschlag erhoben. Eine Aufwertung wie bei den Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und bei der Rhein-Ruhr-Abgabe findet nicht statt. (7401)

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck
Abteilung la. für Vermögens- u. Verlehrssteuern
Dr. Magauz.

Milchhöchstpreis.

Da die Butterpreisnotierungen in Hamburg am Montag und Donnerstag jeder Woche stattfinden, müssen die Milchhändler die neuen Preise von Dienstag und Freitag ab an die Erzeuger bezahlen. Aus diesem Grunde müssen die neuen Kleinverkaufs- und Höchstpreise gleichfalls am Dienstag und Freitag in Kraft treten. Wegen der Kürze der Zeit ist es dann aber nicht mehr

möglich, diese Höchstpreise in den Zeitungen zu veröffentlichen. Sie müssen nach § 87 der Verordnung über Handelsbeschränkungen vom 13. Juli 1923 in den Verkaufsstellen und an den Verkaufswegen deutlich sichtbar angebracht werden. — Uebereinstimmungen dieser Höchstpreise werden auf Grund der Preistreibeereordnung bestraft. (7397)

Lübeck, den 9. Okt. 1923.

D. Landesverwaltungsamt.

Nichtamtlicher Teil

Am 2. d. Mts. verstarb nach längerer schwerer Krankheit der Polizei-Oberwachmeister (7378)

Joosten

von der blauen Polizei im 44. Lebensjahre. Er stand seit dem 1. Oktober 1924 im Dienste des Polizeiamtes.

Das Polizeiamt verliert in ihm einen ruhigen, treuen und pflichterfüllten Beamten, dem alle Zeit ein ehrendes Andenken bewahrt werden wird. Lübeck, 9. Okt. 1923. Das Polizeiamt.

Eigene Kinderkrippe für Kinderwagen zu verfr. mit Wagn. 3. vert. (7400) Jacobsen, Secken, Dorbeckstr. 14pt., hinter 7407 — Schwan. Str. 9.

Manna Koplin
Mans Lehmann
Verlobte. (7392)
Lübeck, den 7. 10. 23.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.

Nach schwerer längerer Krankheit verstarb unter Kollegen

Fritz Finkel.

Ehre seinem Andenken. (7398)

Beerdigung Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Vorwerk Friedhof. Die Ortsverwaltung

Junges Mädchen.

Sucht zum 1. November Stellung. Angeb. unter G 356 an die Exp. d. Bl. (7389)

Gesucht ein Junge von 15—16 Jahren nach dem Lande d. d. Kühen. (7393) Zu erf. Dornestr. 41, I.

2-Zim.-Wohnung auf Markt geg. gleiche Stadt od. Burgstr. zu tauschen. Ang. u. G 343 a. d. G. (7389)

Kornmühle geg. Puppenwagen zu tauschen. (7394) Kartowstr. 27a, I.

Tauische Zuschläge für Kartoffeln. (7408) Arrensd. Allee 64.

Wiener Harmonika geg. deutsche Harmonika zu vertauschen, einreihig. (7406) Wafenstr. 38, 20.

Gut erhalt. Damenrad zu kaufen gesucht. (7387) Ang. u. G 351 a. d. Exp.

Gut erhaltene Damen-Mantel zu schen. gegen Feurung. Angebore unt. G 349 a. d. Exped. (7383)

Kleine Grube zu fr. geucht. Näheres unter G 352 a. d. Exped. (7404)

Das
Waisen
Jubiläum
Fr. Meyer & Co.

Speisekarten
Weinkarten
für Hotels und Restaurants
vorrätig und in jeder Stückzahl zu haben.
Buchhandlung
Lübecker Volksbote,
Johannisstraße 46. 18

Prima Kernleder-Sohlen.

26 Beckergrube 26. (7182)

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsbücher
Quittungsbücher
Kuverts
Klebermarken
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (8762)
Buchhandlung
Lübecker Volksbote.

Die Macht der Schönheit
verleiht Ihnen
nur die (7157)
duftreiche Glycerin-Milch
Seife
Engros-Niederlage: Harloff & Schulz, Lübeck.

Deutscher
Metallarbeiter-
Verband
Verwaltungsstelle Lübeck
Arbeitsgemeinschaft.
Löhne für die Woche vom 10.—16. Oktober: Gesellen über 24 Jahre 85 000 000 Mk., vom 24. Gesellenjahr bis zum 2. Lebensjahr 80 000 000 Mk., in 1. Gesellenjahr 64 000 000 Mk. (7408)
Die Lohnkommission.

Konigs
Tuchlager
Fleischhauerstr. 71, p.
bietet Ihnen
heute noch auch bei diesem Dollartande eine äußerst billige und streng reelle Einkaufs-Gelegenheit in
Stoffen
aller Art von einfachster bis zur besten Qualität, (7394) das Meter schon von 250 Millionen an.

Uhren
Alle Waren auf Teilzahl.
H. Schultz, Johannisstr. 20, n. Nr. 20
Stieppdecken
Anfertigung u. Neu-
beziehen. Spemann
Breite Str. 31. Fernsp. 8659
(7326)